

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächst. Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37.

Breslau, Sonntag, 12. Februar 1893.

4. Jahrgang.

## Der Fall Schwand.

„Der moderne Kindesmord“ unter dieser Aufschrift erschien vor beinahe zehn Jahren im „Socialdemokrat“ aus der Feder eines Arztes ein Artikel, der dunkle Vorgänge innerhalb des Schoofes unserer bürgerlichen Gesellschaft schilderte. Die Einzelheiten zwangen der Redaction eine zweifelnde Fußnote ab.

Trotzdem war sie durchaus unangebracht, und vielleicht ist heute ihr Schreiber angesichts des Falles Schwand auch über jenen Artikel anderer Meinung.

Die socialdemokratische Presse pflegt bei solchen Vorkommnissen, wie bei dem ungeheuerlichen Proceß in Breslau, die einzige zu sein, die volle Kenntniß von ihm nimmt und es sich angelegen sein läßt, die Motive solcher ungeheuerlichen Thaten zu zergliedern. Die bürgerliche Presse schweigt sich angesichts dieser beständigen Eiterbeulen des gesellschaftlichen Körpers stets gründlich aus. Eine kurze pikante Notiz über den Fall, eine über die Aburtheilung; das Verbrechen ist damit gesühnt. Das Pflaster des Schweigens ist das beste Heilmittel.

Was hat z. B. die sonst so geschwätzig allen Tratsch breit tretende Tagespresse über den Proceß des Reiknechts in Paris gebracht, der erwiesenermaßen mehr als 4006 „Operationen“ an Frauen der besten Gesellschaft gemacht? Man hat nicht einmal gehört, ob er verurtheilt oder aus höherer Bourgeois-Raison freigesprochen ist.

Ein gleiches Schweigen finden wir heute Angesichts des Breslauer Proceßes.

Hier stand vom 19. Januar bis zum 3. Februar ein 73-jähriger Arzt vor dem Schwurgericht, angeklagt, in dreißig Fällen Frauen und Mädchen, die guter Hoffnung waren, „Rath und Hilfe“ gebracht zu haben.

Der Mann gehörte der besten Gesellschaft an. Er war bei den Regierungsräthen der Stadt ein gern gesehener Gast, ein guter Christ und gehörte als Staatsbürger natürlich einer „reichtreuen“ Partei zu. Wenngleich es innerhalb der besten Kreise der Bourgeoisie eigentlich schon ein vielgewünschtes Geheimniß war, daß der Mann etwas mit sich machen lasse, wenn man in pikanten Nöthen war, traute ihm selbstverständlich niemand offen derartige schlechte Dinge zu.

Nur der Zufall brachte gelegentlich die Art seiner Beschäftigung an's Tageslicht und zwar betraf dieser erst entdeckte Fall die fünfzehnjährige Tochter einer Berliner Hebamme, die einen Schritt vom Wege gemacht. Bei der sich dann bei dem Arzte anschließenden Haussuchung ergab sich ein verblüffendes Resultat. Der Mann hatte über seine verbrecherische Thätigkeit in einer eigenthümlichen, leicht entzifferbaren, Geheimschrift — die Zeichen erinnern an die Geheimschriften der Kalender — Buch geführt, gleichzeitig auch über die erhaltenen Honorare, die beträchtliche Summen darstellten.

Die Breslauer Bourgeoisie, die wie jedere andere, wenn einmal nichts mehr zu retten ist, dem ungeschickten Bourgeoisgenossen am ersten die Fußtritte giebt, nimmt an, daß diese Aufzeichnungen — auch die Originalcorrespondenzen fanden sich vor — zu dem Zwecke gemacht worden waren, um auf Grund deren bei den Theilnehmern der Verbrechen später gelegentlich noch umfangreiche Erpressungen zu verüben.

Die Justiz schälte aus diesen Listen dreißig Fälle heraus. Drei oder vier Personen waren der Bestrafung schon durch den Tod entrückt. Eine Frau war nachweisbar in Folge des Verbrechens gestorben.

Die belasteten Persönlichkeiten waren entweder Ehefrauen, die „keine Kinder mehr“ haben wollten,

oder Gouvernanten, Wirthschafterinnen, Rabbinen, die von ihren Brodherren verführt waren, und diese selber, elegante Roués, deren Stellung und Besitz es ihnen erlaubte, der Verführung junger Mädchen nachzugehen.

Wie von offenbar vorzüglich unterrichteter Seite mitgetheilt wird, war das Beweismaterial, das der Untersuchungsrichter zusammengetragen hat, ein ungeheuerliches und für sämtliche Angeklagten schwer belastendes.

Was in den langen Tagen während der Verhandlung zu Lichte gefördert ist, wissen wir nicht; jedoch sprach das Tribunal der Geschworenen sämtliche Angeklagten mit Ausnahme zweier und des Hauptangeklagten frei, ihn selber zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe verurtheilend. Zwei Fälle stehen noch aus, die jedoch später getrennt zur Verhandlung kommen sollen.

Der greise Verbrecher nimmt seine unheimlichen Erinnerungen in die Mauern des Zuchthaus mit. Er allein weiß, wie viel eigentlich die Justiz von seinen Thaten entdeckt hat.

Die gute Gesellschaft Breslau's war natürlich während des Proceßes aus dem Häuschen. Wer das von dem alten Manne mit den glücklichen Händen gemacht hätte, wer das von der schönen Frau X. X. hätte glauben mögen!

Ist, da der Proceß nothdürftig vorüber ist, athmet alles auf, voller Entrüstung natürlich und Abscheu.

Wir selber urtheilen nicht so, wie die in der Oeffentlichkeit vor den „Zuchthausbrüdern“ ausspeiende, in den vier Mauern die pikanten Einzelheiten wiederkäuende Gesellschaft.

Auch das Verbrechen ist nur das Ergebniß und

## Feuilleton.

### Die Tochter des Proletariers.

Roman von Franz Barrett.

Autorisirte Uebersetzung von H. Weiscl.

15]

Nachdruck verboten.

„Aber es ist noch mancherlei zu ändern,“ wandte die Costümiere ein, „und da ich auch sonst noch viel für morgen zu thun habe, möchte ich Mademoiselle bitten —“

„Ach — lassen Sie mir das Costüm bis nach der Probe,“ schmeichelte Folly, und da sie, wenn sie bezaubern wollte, stets ihren Zweck erreichte, fügte sich die Costümiere und folgte dem jungen Mädchen auf die Bühne.

Hier standen alle in schlechtester Laune auf Folly wartend; jede andere hätte sich entschuldigt und die Kollegen durch Liebenswürdigkeit entwasnet, aber daran dachte Folly nicht. Gleich einem Kreisler wirbelte sie aus der Couliße auf die Bühne, pirouettierte lustig lachend bis vor die Lampen, und ihre süßernen Glöckchen schüttelnd, rief sie strahlenden Antlitzes: „Da bin ich!“

Aller Augen wandten sich der liebreizenden Erscheinung zu, und die allgemeine Bewunderung fand in lauten Rufen Ausdruck.

„Nun?“ wendte sich Esperanza an den Pächter, welcher Folly's Entree mitangesehen.

„Ich zwifle nicht mehr an dem Erfolg,“ sagte der Pächter schnunzelnd „und genau so wie heute muß sie morgen vor dem Publikum erscheinen.“

„Wollen das, Folly?“

„Freilich will ich's, nicht Sie lustig, und als Sie am nächsten Abend mit demselben Ausruf, ihre Glöckchen schüttelnd und mit silberhellem Lachen auf die Bühne wirbelte, flogen ihr aller Herzen entgegen.“

Sie nahm das Publikum im wahren Sinn des Wortes mit Sturm für sich ein.

#### 11. Capitel.

Wie sich Folly eingeführt, lachend, lustig prickelnd und voll toller Laune, so blieb sie während des Abends.

Ihre berückende Schönheit und Grazie rissen die Zuschauer zu lauter Bewunderung hin, und als sie, weil ihre Scenen zu Ende waren, brach ein rasender Beifallssturm los.

Der Pächter stand in der Couliße, als Folly dieselbe erreichte, und dem erhitzten Mädchen einen Mantel um die Schultern werfend, lauschte er gierig auf den immer mehr anschwellenden Applaus.

„Waren Sie zufrieden?“ fragte Folly.

„Zufrieden? Ich bin entzückt — überwältigt — bezaubert!“

„Wo ist den Monsieur Esperanza?“

„Ich weiß es nicht — Sie müssen nochmals hinaus und dem Publikum danken — die Musik hält inne — der Kapellmeister winkt.“

„Während Folly den Mantel abwarf und an ihren Kleidern ordnete, fragte sie:

„Darf ich auch nochmal tanzen?“

„Un keinen Preis! Wer Sie nochmals tanzen sehen will, soll morgen wiederkommen.“

Folly verschwand, und das ungeheuerliche Entzücken mit welchem sie die Beifallsäußerungen des Publikums aufnahm, vermehrte nur die Bewunderung für die Debutantin.

Jetzt flog aus einer oberen Loge ein herrliches Bouquet auf die Bühne, und als Folly die Blumen unter neuen Beifallsströmen aufhob und rasch emporblickte, sah sie Esperanzas gelbes, faltiges Gesicht über die Brüstung einer Loge gebeugt. Das Bouquet mit den Lippen berührend, verneigte sich Folly tief, dann verließ sie die Bühne und folgte dem Menager in sein Zimmer, wo sie bitterlich schluchzend in einen Sessel sank.

Der alte Theaterpracticus blickte etwas bestürzt auf das junge Mädchen; in diesem Augenblick pochte es an die Thüre und auf der „Herein“ erschien Esperanza.

„Gottlob, daß Sie kommen,“ rief der Pächter erleichtert aufathmend.

„Die Kleine sollte jubeln über ihren Erfolg und anstatt dessen flennt sie zum Verbrechen — — Weiber sind und bleiben unberechenbar.“

der Ausdruck der bestehenden Verhältnisse. Würde der Diebstahl in einer socialistischen Gesellschaft möglich sein? Gewiss nicht oder nur verschwindend selten. Damit, daß man diesen greifen Verbrecher in das Zuchthaus schickte, hat man das Verbrechen nicht aus der Welt geschafft. Nach diesem Falle werden noch Viele unbeflümmert dasselbe treiben, wie er selber es auch nicht zuerst getrieben hat.

Wir hörten in diesen Tagen zwei drastische und bezeichnende Meinungen über den Fall Schwand aus den Kreisen der Bourgeoisie selber, die so bezeichnend sind für die dort herrschenden Anschauungen, daß wir sie hierhersetzen und daran anknüpfen wollen.

Die eine stammt aus dem Munde eines Capitalistenknechtens, eines Bürschens, noch lange nicht trocken hinter den Ohren, das aber mit einer bemerkenswerthen Sachkenntnis über solche Vorkommnisse sprach. Man stellt sich über die Motive, die den Ehemann leiteten, für seine eigene Frau die verbrecherische Hilfe zu suchen.

„Aber, meine Herren, sehr einfach“, sprach das hoffnungsvolle Bürschen, „dem Manne wäre bei vielen Kindern der Divisor (Theiler) zu groß geworden.“

Er meinte, die auf die Kinder dereinst entfallende Erbschaftsquote wäre sonst zu klein geworden.

Wie das Kerlchen Recht hatte, ohne einen Capitalisten-Nationalökonom gelesen zu haben.

Über den Interessen der „staatserkhaltenden“ Familie, über den Lehren der Religion, über der von Poeten hochgepriesenen Mutterliebe, über der Furcht vor einer furchtbaren Strafe steht das Interesse des Capitals.

Ein Bourgeois ohne Capital ist natürlich undenkbar. — Kinder sind also kein „Segen im Hause“ mehr. Am besten nur eins, das den ganzen Reichtum behält; allerhöchstens zwei; damit ja nicht das von den Vätern überkommene Capital in Stücke bricht. Diese capitalistischen Bedenken sind so allgemaltige, gehen allen übrigen voraus, daß sich sogar eine Mutter dazu hergibt, ihr eigen Fleisch, das sie unter dem Herzen irrt, wie die allgemeine Phrase heißt, kaltblütig hinmorden zu lassen.

Das „süße Geheimniß“, das der Ehemann nach der landesüblichen Bourgeoisweise zugestüffert werden soll, wird dem ärztlichen Mörder anvertraut, damit dieser „den Divisor“ verkleinert.

Das „Zweikindersystem“, das so lange besteht als es die moderne Bourgeoisie giebt, ruiniert die Culturstaaten. Frankreichs Bevölkerungsziffer fällt nur wegen der dort in ungeheurem Maßstabe verübten criminellen Aborte, und wenn das Capital so weiter wirthschaftet, wird es auch bei uns so werden. Deutsche Bourgeois sind schon so sehr geliebt in der Umgehung dieser Zuchthausparagrafen geworden, daß sie nach dem Auslande gehen, um die Operation vornehmen zu lassen.

Eine andere treffende Aeußerung hörten wir aus dem Munde eines Mannes, der berufsmäßig über Gesetz und Sitte zu machen hatte. Der sprach gar geringschätzend über die ganze Sache.

„Man soll doch gar nicht so viel Aufhebens von solchen Dingen machen. Im alten Rom hat man dergleichen schon gemacht.“

Auch der Mann hat von seinem Standpunkt aus

Recht, und wir wünschen ihm und uns Glück dazu. Die Zeit, in der man im alten Rom derartige Praktiken übte, war die Zeit seines endgiltigen Abstieges; es waren die Zeiten, als die römische Bourgeoisbame dem Hausfreunde die sündige Lust hastig gewährte bei verlöschter Lampe . . .“

Zeiten, als die römischen Richter alle Hände voll zu thun hatten, um das crimen laesae majestatis (Majestätsbeleidigung) zu sühnen, als des Imperators Laune höchstes Gesetz war, als dieser Imperator grinsend feststellte, daß die ganze reiche Provinz Egypten nur drei oder vier Gentlemen gehörte . . . und, damit ein Blick nicht fehle, die Zeit, als sich eine neue Weltanschauung aus den Kreisen eines verachteten Proletariats herausbrang, deren Befenner selbst die Martern der graufigen Justiz nicht scheuten.

Der Ehefrau, welche keine Kinder mehr haben will, um das Capital zusammenzuhalten, die Diensthofin, die Gouvernante, die sich dem Brotherrn Capitalist hingeben muß, um ihr Brot nicht zu verlieren, der reiche Wäsfling, der mit Geld selbst die Wissenschaft für Verbrechen kaufen kann, das sind Typen, die des „alten Rom“ allerdings würdig sind.

Und so lange das Capital herrscht, wird es trotz aller Staatsanwälte auch solche und alle anderen Verbrechen geben.

Noch ein Wort für den Verbrecher. In einer Welt, in der nur das Geld regiert, muß man, wenn man als Arzt derartige Anerbietungen von der Hand weist, entweder ein Charakter oder ein Capitalist sein. Ein Capitalist hat es aber leicht, auch ehrlich zu sein.

Ein armer Teufel von Arzt, dem der Versucher einen Beutel voll Gold hinhält . . . nun . . . welchen Capitalist, der sein Vermögen „selbst erworben“ hat, „selmademan“ nennen sich diese Herren gern, wagt eigentlich einen Stein auf den armen Teufel zu werfen! Bei einem Vergleich mit Herrn Rieder Schiff zu Glasfließ und einem solchen ärztlichen Verbrecher, der arm ist und in der Gesellschaft „standesgemäß“ aufzutreten muß, dürfte die Schale des Verbrechers am Ende nicht gar zu hoch steigen. Die Gesellschaft in Breslau gratulirt sich heute, daß der „Scandal“ endlich vorüber ist, aber hat sie mittlerweile auch ein wenig darüber nachgedacht, daß vielleicht der weißhaarige Verbrecher, um „standesgemäß“, d. h. im geraden Gezecklage zu den Lebensgewohnheiten eines „Proletar“ leben zu können, das Geld hernehmen mußte, wo er es fand? Die Herren Regierungsräthe laden keine Proletars zu ihren Tafeln, und der Dr. Schwand war ohne Brot, wenn er nicht standesgemäß aufzutreten konnte.

So wird, und das ist für uns eine Art Genugthuung, überall der Capitalismus mit seinen eigenen Scorpionen gezüchtet.

Und nun ganz am Ende noch Eins.

Gerade das Proletariat und das immer mehr verworrende Kleinbürgerthum wird von einer Sorte Aftervolkswirthschaftlern, zu der Professoren, Pfaffen und sonstige staatserkhaltende Leute in trauter Gemeinschaft gehören, geradezu zu verbrecherischen Praktiken getrieben.

Wie ereisern sich diese staatsrettenden Quacksalber in Wort und Schrift darüber, daß der hilflose Arbeiter

Kinder in die Welt setzt, wenn er sie nicht ernähren kann . . . auch das wird immer mehr das Privilegium der Capitalisten.

Allerorts fordern diese Staatsretter auf, „den Kindersegen zu beschränken“.

Aber wie . . . Wässige, dabei hochreactionäre Aerzte bieten die Hilfe so billig aus, wie sie der verurtheilte Arzt nicht geben konnte. In medizinischen und anderen Zeitungen preist die „Wissenschaft“ ekelhafte Apparate aus, um den Kindersegen hintanzuhalten. Eine ganze Literatur schmuggigster Art besteht über dieses Kapitel, an dessen Decläre man sich nur mit dem Spruch der Bibel heranzuziehen kann: „Herr, erlaube mir, daß ich in diese Säue fahre.“

Uns eckelt davor, näher darauf einzugehen. Die Gesellschaft hat heute für alle diese Eiterbeulen nur ein Mittel, das Pflaster des Stillschweigens. Von Schwand, der im Zuchthaus vermodern wird, wird kein anständiger Breslauer öffentlich mehr reden dürfen, aber seine Thätigkeit wird weiter getrieben werden . . .

Wie lange . . . ?

So lange bis der Socialismus den Urgrund aller Verbrechen und alles Elends vernichtet hat. Dann werden die Mütter ihre Kinder nicht mehr tödten, und die Kinder werden dann das sein, was das Pfaffenthum der Bibel heute nur gedankenlos nachbetet: Ein Segen im Hause.

### Von der Freiheit der Arbeiter in Staatswerkstätten

Können wir heute wieder einmal einen für sich selbst sprechenden Beweis einbringen. Der Schlosser Wilhelm Kade aus Groß-Glogau hat nach seinem uns vorliegenden Führungszeugniß, welches datirt ist aus Meisse am 20. December 1892, vom 27. August 1879 bis zum 20. August 1885 bei der Hauptwerkstatt der Oberschlesischen Eisenbahn in Breslau als Schlosser, vom 1. September 1885 bis zum 30. November 1885 als Hilfsheizer und von da ab bis zu seiner mit Ablauf des Jahres 1892 erfolgenden Entlassung bei der Betriebswerkstatt in Meisse wiederum als Schlosser in Arbeit gestanden. Der Mann war also 13 1/2 Jahre lang bei der Oberschlesischen Eisenbahn beschäftigt, und seine Leistungen waren laut Führungszeugniß befriedigend. In letzter Zeit hatte sich nun Kade verschiedener Vergehen schuldig gemacht. Zunächst hatte er im Jahre 1891 eine von Handwerkern und Arbeitern der Betriebswerkstätte Meisse unterzeichnete Collectiveingabe der königlichen Eisenbahndirection Breslau vorzulegen gewagt. Das war nach der Ansicht der Direction ein Vergehen, weil die Direction auf Einzahlen, welche von mehr als einer Person ausgehen, „grundsätzlich“ nicht eingeht und sie in jedem Falle zurückweist. Kade wurde dieses Disciplinarvergehens wegen mit einer Ordnungstrafe von 3 Mark belegt und ihm angedroht, wenn er die Direction mit einer ähnlichen unzulässigen Gesamttingabe noch einmal belästigen sollte, so würde seine sofortige Kündigung erfolgen. Das hat nun Kade zwar nicht gethan, aber was er nun verbrochen, war noch viel schlimmer. Citiren wir, was da

„Es scheint nicht viel drin zu sein — wollt Ihr mir jagen, was diese Papiere bedeuten?“

„Gewiß, Fräulein — dieser schmale Streifen ist ein Check und —“

„Was ist denn ein Check?“

„Herr Gott — das wissen Sie nicht?“

Na, ein Check kann sehr viel werth sein — dieser hier z. B. lautet auf 25 Pfund Sterling — es ist ein Geschenk, welches der Pächter Ihnen macht. Hier in dem Brief steht's: „Herr Evans vom Garten-Theater bittet Fräulein Folly, den einliegenden Check als kleines Zeichen der Anerkennung freundlichst annehmen zu wollen.“

„Ein schöner Brief!“ nickte Folly befriedigt.

„Ich dachte, der Check wäre noch schöner.“

„So? Meint Ihr? Wer wird mit etwas für den Papierstreifen geben wollen?“

„Ich — ich gebe Ihnen 25 Pfund Sterling dafür.“

„So — nun, wir wollen gehen!“

Sobald sie heimkamen, holte der Portier den alten Strumpf hervor, welcher bei ihm als Sparbüchse fungirte, und gab dem Mädchen 25 haare Pfd. Sterling, wogegen er den Check an sich nahm. Als er kurz darauf das Zimmer verließ, sagte Folly zu der Frau des Portiers.

„Guer Mann ist brav und gut, aber auch unklug; wenn man ihn Geld geben will, nimmt er's nicht.“

„Um, ich verstehe diese Thränen,“ nickte der Spanier ernst.

„Bei diesem höchst ungewöhnlichen Erfolg wäre Mademoiselle wahrscheinlich verrückt geworden, wenn sie nicht hätte weinen können.“

„Es ist mir seiner Zeit nicht besser ergangen — noch Tagelang nach meinem 1. Auftreten meinte ich, müßte den Verlust verlieren.“

„Also sie sind wirklich zufrieden?“ fragte Folly, ihre Thränen trocknend.

„Ich denke wohl,“ versetzte Esperanza sanft.

„Ach ja — ich weiß es — ohne die Blumen hätte ich gewiß nicht gemeint! Aber jetzt will ich dafür auch um so lustiger sein.“

Das Lachen, mit welchem Folly diese Worte begleitete, erschreckte Esperanza; er zog ein Flacon mit Nieshals aus der Tasche und hielt es dem Mädchen vor die Nase.

Dann bot er ihr eine Bonbonniere und ruhete nicht, bis sie von deren Inhalt einiges genommen hatte.

Inzwischen begte auch der Theaterpächter das Bedürfnis, Folly gegenüber auf seine Art seine Freude zu äußern.

Er befaßl, Champagner zu bringen, und bis derselbe kam, schrieb er einige Zeilen und steckte sie in ein Couvert.

„Diesen Brief bringen Sie dem Portier,“ sagte er zu dem Theaterdiener, welcher den Champagner forderte.

„Er soll denselben Mademoiselle Folly geben, bevor sie das Theater verläßt.“

Dann knallte der Kork, und während das erregte Mädchen zum ersten Mal in seinem Leben von dem bezaubernden Trank köstete, lautete sie den Prophezeiungen Esperanzas, welcher in den aufsteigenden Perlen der hohen Kelche ein Bild ihres eigenen Schicksals erblickte. Sie würde steigen — hoch und höher steigen, Ruhm und Beifall ernten und sich an dem süßen Trank des Lebens herauschen wie heute an dem schäumenden Nebenblut von Spemay . . .

Nachdem Folly sich in ihrer Garderobe ihres glänzenden Kostüms entledigt hatte, schickte sie sich zum Heimgehen an.

Der Portier, welcher auf sie wartete, übergab ihr das geschlossene Couvert — sie betrachtete es neugierig von allen Seiten und fragte dann:

„Was steht darauf?“

„An Fräulein Folly“, erwiderte der Portier.

Wiederum beschaute Folly die Schriftzüge der Adresse, um sich einzuprägen, wie ihr Name geschrieben aussah; denn sie begriff, daß es nöthig sei, darüber ins klare zu kommen. Dann öffnete sie das Couvert. Dasselbe enthielt einen langen schmalen Papierstreifen von roter Farbe und mit wenigen, theils gedruckten, theils geschriebenen Worten, sowie einen zusammengefalteten Briefbogen.

Folly schüttelte das Couvert, und als trotzdem nichts weiter herausfiel, sagte sie enttäuscht:

königliche Eisenbahn-Betriebsamt Reisse in seiner Verfügung vom 12. December 1892 über die Unthat Rabe's zu erzählen weiß.

Nach Anzeige des Betriebswerkmeisters und Rabe's eigenem Zugeständnisse, sowie nach dem polizeilichen Bericht hat Rabe zum 21. October 1892 eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Personen in das Local zum „Vergmännchen“ in Reisse einberufen, hat sogar die gedruckten Einladungen zu dieser Versammlung in den Räumen der Betriebswerkstatt während der Arbeitszeit vertheilt, die Versammlung als Einberufer eröffnet und als Vorsitzender des von derselben gewählten Bureaus geleitet und am Schluß derselben — haarsträubend zu sagen — ein Hoch auf den Vorsitzenden des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Junge, ausgebracht, der dasselbe mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung erwidert hat.

Schlau, wie das königliche Eisenbahnbetriebsamt natürlich ist, hat es sofort heraus gehabt, daß es sich um eine socialdemokratische Agitation handelte, bei der Rabe „in hervorragender Weise agitatorisch thätig“ gewesen ist. Das Betriebsamt war natürlich der Ueberzeugung, daß sich eine solche Thätigkeit nicht mit der ehrenvollen Beschäftigung in einer Werkstatt der Staatseisenbahnverwaltung verträgt und nicht geduldet werden kann. Daher wurde dem „p. Rabe“ erbarungslos gekündigt, indem ihm neben seinen befriedigenden Leistungen auch noch attestiert wurde, daß seine Führung wiederholt zu Strafen unter gleichzeitiger Androhung der sofortigen Entlassung im Wiederholungsfall Veranlassung gegeben habe.

Der Mohr hat 13 1/2 Jahre lang seine Schuldigkeit im Staatsdienste gethan. Endlich erlaubt er sich ein- auch zweimal einer freien Regung nachzugeben. Sofort wird er bestraft und entlassen wie ein Uebelthäter, auf die Gefahr hin, daß er hungert, daß er langsam verkommt, daß er jahrelang mit Noth und Elend — schließlich fruchtlos — ringt.

Ist das, so fragen wir, die Staatsmoral von heute? Sind sich die Herren, die so handeln, dessen, was sie thun und wie sie handeln, bewußt? Leben wir nicht im Socialreformstaat? Und können die Arbeiter zu einem Staate, der solche Beamte hat und duldet, Vertrauen haben? Studiren diese hohen Beamten darauf, wie man die Staatsarbeiter am raschesten und gründlichsten in unser Lager, in die Arme der Socialdemokratie treiben und zwingen kann?

Wir bitten um Antwort.

## Politische Rundschau. Deutschland.

Zum Reichstage soll die Einbringung eines Nachtrags-Stats für Ostafrika in Aussicht stehen, und zwar sollen zur Verstärkung der Schutztruppe eine Million Mark gefordert werden. Auch eine Mehrforderung für Süd-Afrika soll erwogen werden.

Was der Reichstag noch zu thun hat, das lehrt eine Uebersicht der dem Reichstage noch unterbreiteten Beratungsmaterialien, welche im Reichstage zur Vertheilung gelangt ist. Danach sind noch nicht er-

„Ja, er war immer albern,“ versetzte die Frau, die nicht an überflüssigem Zartgefühl litt.

Folly griff in ihre Tasche, nahm den Betrag von 20 Pfund Sterling in Gold heraus und reichte die Summe der Frau mit den Worten:

„Steckt das Geld in den Strumpf zu dem andern Ecksparten und redet nicht weiter davon!“

„Aber Fräulein,“ rief die Frau fast erschrocken, „so viel haben wir doch nicht verdient.“

„Doch — wenn Euer Mann nicht gewesen wäre, hätte ich die schönen Blumen heute nicht bekommen — ich wäre ohne ihn nicht engagirt worden, also nehmt's nur!“

Die Portiersfrau war nicht albern — sie steckte das Geld in den Strumpf und als der Mann die Vermehrung des Schatzes entdeckte und erfuhr, wem er dafür zu danken habe, ruhte das Weib nicht eher, bis er seine Anwandlung, den Schatz zurückzuerstatten, abgegeben hatte.

Am Sonntag besuchte Folly die Schneiderin, welche ihr Kostüm gemacht hatte, und schenkte ihr die fünf Pfund Sterling, welche noch von den 25 übrig waren. Für sich selbst behielt sie nur die wenigen Schillinge, welche von dem ersten Gehalt übrig geblieben waren. Dann fühlte sich sie glücklich.

Als Folly am Abend das Theater verließ, stand der Menagen auf der Treppe und plauderte mit einem reichen Gönner der Bühne. Evans hielt das junge Mädchen an.

„Folly,“ sagte er, weshalb tragen Sie denn noch

ledigt 22 Regierungsvorlagen, 6 Berichte der Wahlprüfungskommission und 20 Initiativanträge.

Da wird natürlich ein hübscher Rest bleiben, selbst wenn die Auflösung eintritt.

Die Reichstagsersatzwahl im 17. württembergischen Wahlkreis (Ravensburg-Tettmang) ist auf den 21. März anberaumt.

Die socialdemokratische Fraction der Stadtverordneten-Versammlung hat folgenden Antrag eingebracht:

Wir beantragen, die Versammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, dafür Sorge zu tragen, daß von Ostern d. J. an, in den correspondirenden Klassen sämmtlicher Gemeindefschulen die gleichen Unterrichtsbücher Verwendung finden.

Die Commission für Arbeiter-Statistik hat in ihrer Sitzung am Donnerstag auf Antrag des Abg. Dr. Max Girsch (deutschfrei.) beschlossen, an den Reichskanzler das Ersuchen zu richten, eine Erhebung über die Verhältnisse der jugendlichen und weiblichen Arbeiter und die Arbeitszeit der erwachsenen Männer in der Hausindustrie vorzunehmen. Die Enquete soll successive nach den Hauptzweigen dieser Industrie erfolgen.

Die ebenso alberne als unaufrichtige Behauptung des Abgeordneten v. Frege, die socialdemokratische Partei bestehe aus „grünen Jungen“ hat den socialdemokratischen Wahlverein für den ersten Hamburger Reichstags-Wahlkreis veranlaßt, eine Statistik über das Alter der Mitglieder aufzunehmen. Diese ergab, daß 642 Mitglieder zwischen 20 und 25 Jahren, 941 zwischen 25 und 30, 1119 zwischen 30 und 40, 468 zwischen 40 und 50, 111 zwischen 50 und 60, 16 zwischen 60 und 70, 2 über 70 Jahre alt waren. Der sogenannte Obelmann Frege ist mit dieser Statistik, die im wesentlichen auf die meisten übrigen Orte zutreffen wird, gebührend abgeführt. Die Aufregung, die die in manchen Orten über die Aeußerung Frege's an den Tag gelegt wurde, war übrigens nicht am Platze. Wenn sich jemand herausnimmt, von einer Partei mit 1 1/2 Millionen Stimmen zu sagen, sie bestände aus grünen Jungen, so zeigt er damit, daß er in seiner geistigen Entwicklung auf dem Standpunkt des Straßenzungen zurückgeblieben ist.

Ein Geständniß, das niedriger gehängt zu werden verdient, obwohl es für Kenner des bekannten Friedrichsruher „Säcularmenschen“ keine Ueberraschung bietet, legt das Hamburger Organ eben dieses Säcularmenschen für denselben wie folgt ab:

„Die „Kölnische Zeitung“ begnügt sich nicht damit, von uns zu verlangen, daß wir unser eigenes Urtheil über das des Fürsten Bismarck stellen, sie verlangt auch von uns, daß wir nicht den Eindruck erwecken, der Fürst verurtheile jetzt, was er als Kanzler selbst gethan habe. Uns fällt hierbei ein charakteristischer Ausspruch ein, den Fürst Bismarck einmal that, als ihm ein freisinniges Blatt Widerspruch in seinen Ansichten und Maßregeln vorwarf: „Ja, glaube denn das . . . zeug, daß man an der Spitze eines großen Staates jeden Tag dasselbe thun kann?“ Und — so möchten wir hinzufügen — glaubt di: „Kölnische Ztg.“ in ihrer „Selbstständigkeit“, daß man im Kampfe gegen

immer das schreckliche Cattunkleid? Sie hätten sich längst eine bessere Toilette anschaffen müssen!“

„Ich habe gar kein Geld dazu,“ sagte Folly erköhlend.

„Kein Geld? Haben Sie denn meinen Brief nicht erhalten?“

„Den Brief mit dem Check von 25 Pfund Sterling — o ja! Aber ich habe das Geld gestern gleich ausgegeben.“

Evans schlug die Hände über den Kopf zusammen, während der neben ihm stehende Obelmann hell laut aufschrie. (Fortf. folgt)

### Weiteres.

Auch ein Beweis! Ein Kanzlerredner sucht ein verarmte Familie dadurch zu trösten, daß er ihr die Freuden im Jenseits in verlockenden Farben schildert.

Der bedrängte Familienoate: schüttelte den Kopf und entgegnete: „Wer kann wissen, wie es da drüben sein wird? Noth ist kleiner je aus Eurer besseren Welt zurückgekehrt.“

„Da haben Sie einen schlagenden Beweis dafür, daß sich die armen Seelen wohl fühlen im Jenseits. Wo es uns gefällt, da bleiben wir.“

Im Zweifel. Drum r (beim Ausfüllen einer Zettelkarte): „Da soll ich nun mein Gewerbe angeben! Sechs Mal hab' ich eingebrochen und sechs Mal bin ich aus dem Gefängnisse ausgebrochen. Schreibe ich nun Einbrecher oder Ausbrecher?“

Zartfählend. „Einer der zartfählendsten Menschen ist doch der Julius Schalk!“

„Wie so?“

„Heute schloß er auf der Stadtbahn die Augen und that, als ob er schlief, weil es ihm zu wehe that, mehrere Damen stehen zu sehen.“

eine Regierung, deren Politik man für schädlich hält, die nämlichen Auffassungen vertreten kann, die man unter ganz anderen Umständen als leitender Minister einer früheren Regierung vertreten hat?“

Also heute so, morgen so; und darum in beiden Fällen je nach Bedarf Verbeugung nach der einen oder der anderen Seite! Das Ganze bezeichnen liebebienerische Schmeichler und Dummköpfe als „geniale“ Realpolitik: Eine erbärmliche Politik das!

Ein neuer Verteidiger des Militär-Vorlage, dessen Weisheit vollständig auf der Höhe derjenig'n des famosen alten Wachtmeisters der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ steht, belehrt seine Mitbürger in der „Post“ über die Zweckmäßigkeit der Vorlage durch einen Schreibebrief, dem folgende humoristische Stellen entnommen werden mögen:

„Denen, die nicht für die Militärvorlage stimmen wollen, Folgendes zur Warnung, nämlich: Wenn 60 000 Recruten jährlich mehr eingestellt werden sollen, so sind sie auch gewiß nöthig. Im Fall eines Krieges sind nie Soldaten zu viel. . . . Ferner sichert das Mehr an Militär den Frieden, und selbst wenn es nie zum Kriege kommt, schafft es jährlich 60 000 brauchbare Menschen mehr, welche sonst größtentheils dem Reich und jedem ordentlichen Menschen schädlichen Parteien zufallen würden.“

Der Unfuss ist so groß, daß er mit demselben Rechte in der „Nordd. Allg. Ztg.“ hätte stehen können, mit dem den Scherzen des Bremer Wachtmeisters a. D. die Spalten des officiösen Blattes geöffnet worden sind.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

In Deutschland das Cartell der Kohlenzechen, in Oesterreich das der Petroleumraffinerien. Alles wird cartelirt, damit die Actionäre und Fabrikanten die consumirende Masse besser und systematischer auspressen können. Wenn der Winter kommt und es wird kalt, dann steigert der Kohlenring den Preis für Heizungs-material, das Volk muß ihn zahlen, denn erfrieren will man gerade doch nicht, die Kohlenactionäre stecken also ganz bequem eine feite Dividende in ihren unerfättlichen Geldbeutel. Gerade so mach't die Petroleumvereinigung mit ihrem „Eigenthum“. Und so volksmörderisch diese Ringe sind, es mag gut so sein: Die Ringbildungen bilden die vorletzte Häutung des capitalistischen Princips und auch diese ist nöthig: ehe der socialistische Schmetterling kommt, muß aus dem Ei eine Raupe, aus der Raupe eine Puppe geworden sein. Dann erst fliegt der Schmetterling aus.

### Schweiz.

Aus Basel wird berichtet: Dem Großen Rathe ist in Folge der Arbeitslosen-Bewegung folgende Motiva eingereicht worden: „Der Regierungsrath wird eingeladen, zu prüfen und zu berichten, ob gegen die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit nicht von Staatswegen eine Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit einzurichten, eventuell ähnliche Institute im Canton Baselstadt zu unterstützen seien.“ Die Stadt hat diesen Winter den ersten Versuch mit der Arbeitslosenversicherung gemacht, die trotz ihres kleinen und experimentalen Anfangs doch lebensfähig zu werden verspricht. Staat, Gemeinde,

## Erlesenes.

Es ist stets das sicherste Mittel, das denfaule Philistertum für sich einzunehmen, wenn man die Gegner als unpractische Idealisten hinstellt. A. Bleibtreu.

Der naive Wahn ist lange nicht so widerwärtig als der rationalistisch zugespitzte, der Unfuss, dem Geistesober Schwachsinn aus der Vernunft einen Philosophenmantel zu-rechtschneidert.

Genialität erräth viel, was Kunstgelehrsamkeit niemals erschafft. J. Scherr.

Ich ja, die „Ordnung“ und das Gesetz! Manchmal glaube ich beinahe, daß diese beiden alles Unglück hier auf Erden stiften.

Der Arbeiter muß stets „ein wenig zu viel“ verdienen; ohne dieses „Zuviel“ giebt es kein Wohlbestehen für den Armen. Das strict Nothwendige bedeutet Leiden. Minister Turgot.

Noch Gewalt und feige List sind immer schwächer als sittliche Kraft und kluge Besonnenheit. E. v. Hartmann.

Eine schröckliche Regierung ist für särmliche Zeiten ebenso verderblich, als eine solocatische für das ruhige Leben und Treiben des Bürgers.

Die Intoleranz ist ein Erbäuel der Noth und eine Quelle ewiger Rückwirkungen.

Was ist Zufall? Entweder ist alles Zufall oder gar nichts. Das Wort umschließt keinen Gedanken, sondern bloß eine Gedankenlosigkeit — wie viele andere. B. S. Niehl.

Arbeitgeber, sowie die Versicherten leisten verhältnismäßige Beiträge, allzu mobile Elemente und arbeits-scheue Arbeiter sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. — In Folge der Steigung des Rheinlandes mußte die Begründung des Schuttes im Bette des Stromes, wodurch etwa 200 Arbeitslose beschäftigt werden konnten, eingestellt werden; doch sind anderweitige Arbeiten in Angriff genommen worden.

**Frankreich.**

Das im Panamaproceß verkündete Urtheil am 9 dieses Monats lautet: Fünf Jahre Gefängnis, sowie 3000 Francs Geldbuße gegen Ferdinand und Charles Lesseps, zwei Jahre Gefängnis, sowie 3000 Francs gegen Fontane und Cottu wegen betrügerischer Handlungen und Vertrauensmißbrauch; gegen Eiffel zwei Jahre Gefängnis und 20 000 Francs wegen Vertrauensmißbrauch.

In der Begründung des Urtheils werden Ferdinand und Charles Lesseps, Fontane und Cottu betrügerischer Handlungen bei der Emission der Panamaloote, sowie der Veröffentlichung wahrheitswidriger Inserate in den Zeitungen unter Mitwirkung willfähriger Freunde beschuldigt. Ferdinand Lesseps habe mit Unterstützung der Administratoren der Gesellschaft fortbauend die Geschäftsbücherei derselben im Dunkeln gehalten. Die Emissionsyndicate seien rein fictive und die Emissions-fakten übertrieben hohe gewesen. Den Vertrauensbruch anlangend, so sei die betrügerische Absicht erwiesen, da die an Reinach, Oberndorffer und andere gezahlten Summen nicht die Verwendung erhielten, wofür sie bestimmt gewesen. Bezüglich Eiffels wird der Versuch des Betrugs verneint, dagegen wird demselben Vertrauensbruch zur Last gelegt, indem ausgeführt wird, daß die Beträge, welche Eiffel als Baukosten erhalten zu haben vorgebe, demselben lediglich für die Ausführung bestimmter Arbeitsaufträge ausgezahlt seien. Eiffel habe demnach Gelder zum Nachtheil der Gesellschaft mißbräuchlich verwendet.

In Marseille ist die Cholera ausgebrochen.

**Arbeiterbewegung.**

**Achtung! Drecksler!**

Wegen fortwährender Lohnabzüge haben die Kollegen bei der Firma A. Schoy, Reichenbergerstraße 34, Berlin, die Arbeit niedergelegt. Zugung in strengsten fern zu halten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der vorjährige Streit der Tischler Stettins hat insgesamt 10 290,30 Mk. gekostet. Die Einnahmen aus Sammlungen u. betrugen 10 327,69 Mk.

Die Auslieferung der Glaschen-Glasmacher in der englischen Grafschaft Yorkshire hat auch die Glasmacher anderer Districte in Mitleidenhaft gezogen. So sind in Dublin gegen 100 Arbeiter ausgesperrt worden, weil sie in die von den Fabrikanten geforderte sehr bedeutende Lohnkürzung nicht einwilligen wollten. Diese beträgt für jeden über 21 Jahre alten Arbeiter wöchentlich 3,50 Mk. Sehr erschwert war den Glasmachern Yorkshires der Kampf dadurch, daß die Glasmacher der benachbarten Grafschaft Lancashire die Lohnkürzung, angeblich der ausländischen Concurrenz halber, angenommen hatten. Sie erklärten sich erst dieser Tage für den Streit, nachdem sie von den Glasarbeitern Yorkshires darum angegangen worden waren. Die Engländer klagen sehr darüber, daß die deutschen Glasarbeiter eine Lohnherabsetzung nach der anderen ruhig über sich ergehen lassen und es dadurch ihren Fabrikanten ermöglichen, England mit billigen Glaschen überschwemmen zu können. Es zeigt sich hierbei wieder, daß auch die englischen Gewerkschaften trotz ihrer verhältnismäßig großen Macht, das Sinken der Löhne nicht verhindern können, weil die billigere Industrie des europäischen Festlandes die englischen Waarenpreise drückt. Das muß die verhältnismäßig hohen Löhne der englischen Arbeiter fortgesetzt ungünstig beeinflussen. Wie groß der Rückgang der Löhne der englischen Glaschenmacher schon ist, ergibt sich aus folgender Tabelle.

Es verdienen wöchentlich:

	im Jahre 1892	im Jahre 1893	im Jahre 1892
	in Yorkshire	in Lancashire	in Lancashire
Fertigmacher	60,40 Mk.	63 18 Mk.	54,66 Mk.
Einbläser	58,40 "	51,93 "	43,41 "
Glaskanalarbeiter	38 20 "	39,75 "	31,25 "
	157.— Mk.	154,84 Mk.	129,32 Mk.

**Partei Angelegenheiten.**

Von der Agitation. Aus der Grafschaft Glas wird berichtet: Sonntag, den 29. Januar, verbreiteten Glaser Genossen in den Orten Glasendorf, Döber-

dorf, Mückers, Goldbach, Hartau und Reiners Flugblätter des „Proletarier aus dem Culenbirge“, sowie die Broschüren „König Stumm und die Socialdemokratie“, „Grundzüge und Forderungen der Socialdemokratie“, den Rechenschaftsbericht der Reichstags-Fraktion, Behl's Rede über die Soldatenmißhandlungen. Zu gleicher Zeit unternahm ein Trupp Glaser Genossen eine Agitationstour nach den Ortshäfen Scheibe, Gaisig, Labitsch und Bobitau. Die Genossen wurden überall gut aufgenommen. Die Zahl unserer Anhänger mehrt sich, wenn auch langsam, so doch stetig so daß wir sagen können, auch in dieser Hochburg des Centrums geht es mit unserer Sache vorwärts. Die Agitation ist übrigens im Wahlkreise Glas-Habellschwerdt mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft, da der Wahlkreis sehr ausgedehnt ist und keine größeren Städte besitzt. Eine einzige Eisenbahnlinie durchschneidet den Wahlkreis von Norden nach Süden, erst in letzter Zeit ist die Zweiglinie von Glas nach Mückers gebaut worden. Bi le Meilen weit müssen die Genossen laufen ehe sie an Ort und Stelle ihrer Thätigkeit anlangen. Die einzelnen Ortshäfen liegen zerstreut mitten zwischen den Bergen, die Wege sind unmessem. Unter solchen Umständen ist die Agitation auch sehr kostspielig. Die bereits erwähnten Orte liegen in der Gegend, wo die schlesischen Weber ihr trauriges Dasein führen. Noch vor Jahresfrist waren alle bürgerlichen Blätter voll von Schilderungen des dort herrschenden Elends und der Mittel, welche private Wohlthätigkeit und die Regierung aufgeboden hatten zur Steuerung und vollständigen Beseitigung jener mißlichen Uebelstände. Heute ist es darüber sehr still geworden, es soll Gras über diese Schattenseite der besten aller Welten wachsen. Fast könnte man aus dem Schweigen jener Kreise schließen, ihre Mittel hätten geholfen, der Nothstand wäre beseitigt. Unsere Genossen haben aber auf ihrer Agitationsreise andere Eindrücke gewonnen; die kapitalistische Gesellschaft vermag das Elend, ihr eigenes Produkt, nicht zu beseitigen. Aus dem massenhaften Material nur einige wenige Beispiele: Ein Genosse berichtet aus Hartau: Obwohl es Sonntag war, traf ich die Leute doch häufig an ihrer Wochentagsarbeit. Ein Weber klagte mir, er müßte täglich fast 20 Stunden arbeiten, um nur leben zu können. Aus Goldbach berichtet ein anderer Genosse: In einem Hause fand ich als ganze Zimmereinrichtung zwei Webstühle, ein Bett anstatt mit Betten mit Lumpen gefüllt, ein Korb und an den Webstuhl angebunden — ein Kalb. Aus Döberdorf: Ich hatte eben ein Haus verlassen indem sich eine Frau mit ekelhaftem Gesichtsausdruck (Krebs) befand, schritt auf das Nachbarhaus zu: ein Plakat des Amtsvorstehers verwehrte mir den Eintritt wegen Typhus (Hungertyphus?). Aus Glasendorf berichtet ein anderer Genosse: Ich traf eine Familie gerade bei ihrem Sonntags-Mittagsmahl. Alle fünf Personen aßen gemeinsam aus einem Napf Mehlbrei, der seinem Aussehen nach sogar für Schweine zu schlecht schien. Überall fanden wir die nackte Armut vor: in den Zimmern herrschte eine verdorrene, überhitzte Atmosphäre, die Bevölkerung lebt kumpf dahin; jedoch müssen wir konstatieren, daß die Lebensweise der Fabrikarbeiter (Glasbläser), obwohl furchtbar schlecht, doch immer noch besser ist, als die der Weber. Für heute mag es mit diesen düsteren Bildern genug sein; hier herrscht nicht nur gewöhnlicher Nothstand, sondern dauerndes furchtbares Massenelend. Eine ganze Bevölkerungsschicht sieht dahin und geht zu Grunde. Eine Schmach für das Jahrhundert, eine Illustration zu dem Worte königlich preussischer Minister: „Es giebt keinen Nothstand.“ Und so etwas ist in einem der ultramontanen Wahlkreise Deutschlands möglich!

**Reichstags-Kandidatur.** Im Wahlkreise Dortmund fanden am Sonntag 11 Berg- und Hüttenarbeiter-Versammlungen statt, die sämmtlich und zwar einstimmig den altbewährten Genossen Tölke als Kandidaten für den Reichstag proclamirten.

**Protestversammlungen gegen die Militärvorlage** sind weiter abgehalten worden in Rassel und Rehlbeiden (Ref. Garbe), Bielefeld (Ref. Schumann), Lanna und Hirschberg (Ref. Leven-Gera), Guben (Ref. Wille-Berlin), Neuenburg und Birkenfeld in Württemberg (Ref. Luz-Baden-Baden), Achim (Ref. ferentia Frau Rohrlach-Düneldorf), Rüdigen (Ref. Hoch-Frankfurt a. M.)

Das Dorf Nieb, wo am 29. Genosse Brühne gegen die Militärvorlage sprach, liegt nicht bei Hanau, wie in Nummer 31 des „Vorwärts“ irrtümlich angegeben, sondern bei Höchst am Main. Da in Höchst kein Saal zu bekommen ist, müssen die dortigen Genossen ihre öffentlichen Versammlungen in Nieb abhalten.

**Partei-Organisation.** Der Wahlverein für den

Kreis Hanau hatte bei der letzten Abrechnung 880 zahlende Mitglieder.

**Partei-Finanzen.** Frankenhäuser am Kyffhäuser: Jahreseinnahme 467,49 Mk., Ausgabe 464,01 Mark (darunter 160 Mk. für Agitation)

Für die Gründung eines täglichen Blattes in Kiel wurden in einer Versammlung der vereinigten drei socialdemokratischen Vereine Hamburgs am Freitag 10 000 Mark bewilligt. 455 Mitglieder waren für, 424 gegen die Bewilligung, drei hatten weiße Zettel abgegeben. Nach der Ansicht des „Hamburger Echo's“ müssen, da die Versammlung stark besucht war, viele Mitglieder sich der Stimmenabgabe enthalten haben. Die Kieler Genossen haben, wie in der Hamburger Versammlung mitgeteilt wurde, 6000 Mark und die Altonaer 2000 Mark für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt.

**Vom Nothstande.**

In Wolfenbüttel wurden durch eine von den dortigen Arbeitern aufgenommene Statistik 240 Arbeitslose ermittelt, die zusammen 1930 Wochen arbeitslos waren. Unter ihnen befanden sich 149 Verheirathete.

Gänzlich verhungert wurde gestern, Abends gegen sieben Uhr, der obdachlose, sechzig Jahre alte Schuhmacher Wilhelm Hein, nahe am Göttinger Bahnhofe in Berlin aufgefunden und nach der Charitee gebracht. Er starb aber bereits unterwegs an Entkräftung.

**Die ersten deutschen Arbeiter-Congresse und die Schaffung eines nationalen Arbeiter-Bundes.**

Der äußere Anlaß zur Vereinigung der in den verschiedenen deutschen Städten constituirten Arbeiter-Vereine wie überhaupt zur Concentrirung der Bestrebungen des vierten Standes wurde nicht von diesem selbst, sondern vielmehr von den Handwerksmeistern gegeben. Auf eine von Bremer Meistern gegebene Anregung hin beriefen nämlich die Lauenburger selbstständigen Handwerker, im Einverständnisse mit dem aus Meistern und Gesellen zusammengesetzten Bildungsvereine zu Hamburg nach letzterer Stadt einen Congreß von Vertrauensmännern norddeutscher Handwerker zur Hebung der Gewerke und der Verhältnisse der werbtreibenden überhaupt mitzuwirken. Der Congreß fand vom 2.—6. Juni statt. Es erschienen abgesehen von einer überwiegenden Zahl von selbstständigen Handwerkern auch die Vertreter von Gesellen, unter der schon erwähnte Vergolder Bisky aus Berlin.

Schon damals zeigte es sich klar, daß die Arbeiter ein von ihren Brotherrn ganz verschiedenes Ziel verfolgten. Es kam zwischen den Abgeordneten beider Stände zu sehr erregten Debatten, die nur durch die verständlichen Worte des nach beiden Seiten hin jugendlich machenden Kasseler Professors Winkelblech beschwichtigt werden konnten.

Schließlich einigten sich die Meister-Deputirten zur Unterzeichnung eines wenige Tage zuvor (am 31. Mai) erlassenen Aufrufs des „Vereins der Hamburgischen Arbeiter und Gewerke“, in welchem die Vertreter des selbstständigen Handwerks als die vorzugsweise berufenen Mitberather der deutschen National-Versammlung in gewerblichen Angelegenheiten proclamirt wurden.\*)

Man ersieht hieraus, daß die Handwerksmeister die Arbeiter bei Seiten zu schieben suchten.

Nichtsdestoweniger beschlossen die letzteren noch nicht, jedes Zusammengehen mit den Meistern zu verwerfen, und waren sogar theilweise damit einverstanden, der in Hamburg erlassenen Aufforderung zur Veranstaltung eines in Frankfurt a. M. stattfindenden allgemeinen Handwerker- und Gewerkecongresses Folge zu leisten.

\*) „Wie die wahren Interessen des Arbeiterstandes — blieb es im erwähnten Aufrufe — naturgemäß am besten und richtigsten von den ihm angehörenden Kreisen des Volks erkannt und vertreten werden, so fordert das Interesse des Handwerks- und Gewerbebetriebs eine Vertretung von den ihm Angehörenden. Dazu bieten die, zwar fast überall während der Zeit der Polizei-Herrschaft beschränkten, doch in Deutschland wohl noch nirgends ganz aufgelösten Gewerke und Zünfte der Städte den natürlichsten Verbindungspunkt, um durch Beratungen einen vorbereitenden und fördernden Einfluß auf die künftige Gesetzgebung zu üben. Ihre einzelnen Glieder, persönlich aus dem Stande der Arbeiter hervorgegangen und größtentheils demselben fortwährend angehörig, möchten vorzugsweise zur Lösung dieser Aufgabe mitberufen sein; ihre bürgerliche Stellung entzündet sie einerseits dem, nicht selten durch ihnen fremde Einflüsse hervorgerufenen, ungesunden Drängen und unüberlegten Treiben der bloßen Arbeiter, während andererseits die Fabrikbesitzer und Inhaber größerer gewerblicher Etablissements in der Regel durch ihren Besitz, sociale Verhältnisse, häufig genug auch durch die ganze Richtung ihrer geistigen Ausbildung dem Arbeiterstande zu fern stehen, um seine wahren Bedürfnisse zu kennen und zu berücksichtigen.“

Und als noch vor dem Zustandekommen desselben, am 18. Juni, der Berliner Handwerkerverein eine Zusammenkunft von Delegirten deutscher Handwerker- und Arbeitervereine in Berlin veranstaltete, beteiligten sich die letzteren zugleich mit den ersteren. Die Berliner Versammlung, von 37 Vereinen besetzt, nahm eine den Arbeitern viel mehr entgegenkommende Haltung ein als wie es zu Hamburg geschehen war. Man beschloß (am 19. Juni) eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung, in der ausgesprochen war: es habe sich dem Bewußtsein des Kerns der Nation, des Arbeiter- und Handwerkerstandes, als unabweisliches Recht die Forderung aufgedrängt: daß der Staat jedem, der arbeiten wolle, angemessene Arbeit und menschlichen Bedürfnissen entsprechenden Lohn verbürge, daß er unentgeltlichen Unterricht und, wo es nöthig sei, die Erziehung der Jugend und ebenso die Versorgung der Invaliden der Arbeit übernehmen müsse.

Aber dieses Resultat des Congresses genügte den anwesenden Arbeiter-Deputirten nicht. Und wenige Tage später, am 26. Juni, erließen sechs derselben eine Aufforderung an alle Arbeiter-, Handwerker- und Bildungs-Vereine Deutschlands, ja auch an die deutschen Vereine in der Schweiz, in Paris, Brüssel und London zur Beschickung eines in Berlin vom 20. bis zum 26. August abzuhaltenden Arbeiterparlaments.

Dieser Appell an das Proletariat sollte durch das ungezügeltere Verfahren der Meister einen stärkeren Widerhall finden, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Es hatten nämlich zu dem Frankfurter Congresse (der am 15. Juli begann) auch eine Anzahl Gesellenvereine und Gesellschafter Deputirte entsandt. Aber der versammelte Meisterecongreß erklärte, die Gesellen nicht zulassen zu wollen. Die Folge dieses brüskten Verhaltens war, daß die Gesellen nothgedrungen ihre Sache selbst in die Hand nahmen und sich als Gesellen-Congreß constituirten, der sich übrigens später als „Arbeiter-Congreß für ganz Deutschland“ bezeichnete.

Nunmehr annullirten zwar die Meister ihren ersten Beschluß und setzten nach neuer Berathung fest: zehn Gesellen seien zum Congresse mit beratender Stimme zuzulassen.

Mit Recht glaubten die Gesellen auch jetzt noch Interesse nicht genügend gewahrt und, obwohl sie in den Arbeiten des Meisterecongresses Gebrauch machten, arbeiteten sie nach wie vor selbstständig fort. Das Resultat des Gesellen-Congresses liegt in dem am 3. August datirten Adresse an den volkstümlichen Ausschuß der Frankfurter Nationalversammlung vor.

In der Adresse wurden von allgemeinen Forderungen vornehmlich die folgenden erhoben: allgemeines und gleiches Wahlrecht; allgemeiner und gleicher obligatorischer Volksschulunterricht mit sich daran schließender, gewerblicher Bildungsschule; progressive Vermögens- und Einkommenssteuer; gleiches Münz-, Maß- und Gewichtssystem für Deutschland; Freizügigkeit; Aufhebung aller Binnenzölle; freie Einfuhr von Rohstoffen und Colonialwaaren; Schutz Zoll gegen fertige, ausländische Fabrikate, „für welche die einheimische Industrie kein Treibhauszeugniß sei;“ Beförderung des Exports durch Prämien; bei Uebersättigung Ankauf von Land innerhalb der Grenzen der nordamerikanischen Union und Ueberlassung desselben an die Auswanderer gegen billige Ablösung; endlich Dismembrationen der Staatsdomänen an Unbegüterte gegen billige Vergütung.

Speziell für die Arbeiter verlangte der Frankfurter Gesellen-Congreß: die Bildung von Innungen, deren Vorstände aus Unternehmern und Arbeitern bestehen sollten; die Schaffung von Bezirks-Gewerbe-Vorständen aus den Innungen eines Bezirkes; Wahl eines Landesgewerbe-Comitees durch die zuletzt genannten Vorstände, welches Comitee mit den obersten Landesbehörden in ständiger Verbindung zu stehen hätte; ferner war von den Innungsvorständen innerhalb eines Regierungsbezirks durch Wahl eine nicht permanente Gewerbe-Kammer zu constituiren. Aus allen im deutschen Bundesgebiete errichteten Gewerbe-Kammern mußte dann die oberste Centralbehörde, ein verantwortliches Arbeiter-Ministerium hervorgehen, welches die Freiheit aller Gewerbebetriebe schützen, die Gewerbe-Ordnung handhaben, die Durchführung der oben angegebenen Maßregeln, sowie überhaupt für alle auf den Gang der Gewerbebetriebe bezüglichen Angelegenheiten und die Planung des Gewerbehandels fördern sollte.

Die Arbeitszeit sollte für alle Arbeiter gesetzlich auf 12 Stunden (incl. Rüstzeit, Mittags- und Beisetzzeit) normirt werden. Dann sollte für jegliche Lohn- und Accordarbeit der Gesellen ein gesetzliches Minimum festgesetzt werden.

Der Innung eines Gewerbes hatten sich alle Fachgenossen — gleichgiltig, ob selbstständig oder un-

selbstständig — anzuschließen. Jede Innung hatte ihre Corporation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; beide sollten ihre eigenen Kassen (Hilfskassen für Kranke u. s. w.) unter eigener Verwaltung haben; und aus diesen beiden Kassen war dann eine specielle Wanderunterstützungskasse zu stiften.

Dazu sollte durch einen regelmäßigen, wöchentlichen Abzug vom Arbeitslohne eine große, nationale Invalidenkasse begründet werden, die jedem deutschen Arbeiter, wenn er arbeitsunfähig geworden oder ein bestimmtes Alter erreicht hatte, eine hinreichende Pension auszahlen im Stande war.

Endlich kamen noch Vorschläge über die Errichtung von Werkstätten, Rohstoff-Magazinen und Volksbanken, die wir hier um so mehr übergehen können, als das mitgetheilte Programm in kürzester Zeit von einem neuen verdrängt wurde.

Dies neue Programm wurde auf dem, wie bereits erwähnt, für Ende August nach Berlin berufenen Arbeitercongreß festgestellt, zu dem auch der Frankfurter Gesellencongreß einen bevollmächtigten Deputirten gesandt hatte. (Fortsetzung folgt).

### Schlesien.

**Hirschberg.** Wahl der Richter zum Gewerbegericht. Am Sonnabend, den 4. Februar, fanden hier selbst die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Obwohl die irrsinnige wie nationalliberale Tagespresse den Gewerbevereinen warm ans Herz legte, unsere Pläne zu durchkreuzen, können wir doch ein ganz erfreuliches Resultat aufweisen. In Hirschberg siegte im 4. Bezirk unser Genosse Tischler August Würfel gegen den Gewerbevereiner Schönwald mit 22 gegen 7 Stimmen. Im 5. Bezirk siegten unsere Genossen Tischler Braun und Maschinenführer Gage gegen die Gewerbevereiner Anders und Schödel mit 30 und 19 gegen 10 und 7 Stimmen. In Gannertsdorf wurden unsere Genossen Tischler Heinrich Rambach und Maurer Ansförge mit allen Stimmen gewählt. In Schmiebersberg siegte unser Genosse Wunde mit 76 gegen den Gewerbevereiner Sempke mit 67 Stimmen. In Steinfelsen wurde unser Genosse Sämama gegen einen Gewerbevereiner gewählt. Im allgemeinen war die Betheiligung an der Wahl eine sehr schwache zu nennen. Die Gewerbevereiner hatten am Tage der Wahl alles aufzubieten, um dem Rath der Zeitungen zu folgen; selbst die h. Antikanten waren mit thätig. So hatten die Arbeiter der Eisengießerei von Starke und Hoffmann, welche noch meistens zu der Harmoniebühne zählen einen halben Tag frei bekommen, um ihr Wahlrecht auszuüben, da man verschiedene Poliere und Werkmeister zu wählen hatte. So waren auch die Stimmzettel so angefertigt worden, daß man siehen konnte, ob ein großer oder ein kleiner Zettel in die Urne geworfen wurde; dann ging man nach Aussage der Leute selbst, um sie mit Schnaps zu tractiren. O ihr Arbeiter, wenn werdet ihr endlich einmal erwachen? Wie werden denn eure Werkführer euch verteidigen, wenn ihr mit dem Fabrikanten in Streitigkeiten gerathet? Solche Streitigkeiten kann nur der zu euren Gunsten verteidigen, der mit euch Fühlung hat und das sind nur socialdemokratische Arbeiterführer.

**Hirschberg,** 8. Februar. Erstickt. Verbrannt. Heute früh erstickte, wie das „H. Tgb.“ berichtet, in der Wohnung eines hiesigen Arbeiters dessen 4 Jahre alte Tochter, welche in derselben allein gelassen worden war. Die Mutter hatte zwar beim Verlassen der Wohnung, um Feuergefahr zu vermeiden, Wasser auf die noch glühenden Kohlen im Ofen gegossen, doch fand man beim Betreten der Wohnung einen Kohlentad, welcher nicht beim Ofen geblieben hatte, verfloht vor. — Am Montag geriethen die Kleider des ungefähr 4 Jahre alten Knaben eines Fabrikarbeiters in Seidorf, als die Eltern abwesend waren, auf unaufgeklärte Weise in Brand. Das Kind starb alsbald an den erhaltenen Brandwunden.

**Geyrau,** 9. Februar. Die erste öffentliche Wähler-Versammlung fand Montag, den 6. d. Mts. im Gasthof zum „Goldenen Löwen“ statt, in welcher der Candidat der Socialdemokratie, Genosse August Kühn aus Langenbielau, sein Programm in weitestündiger Rede entwickelte. Er ging mit den gegnerischen Parteien scharf ins Gericht und geißelte ihr Gebahren im Reichstage in klaren und verständlichen, von Beifall begleiteten Worten. In der Discussion wurde, da sich trotz Aufforderung kein Gegner zum Worte meldete, das hiesige freimüthige Stadtblatt einer Kritik unterzogen, weil es unsere Versammlungsberichte und andere Mittheilungen nicht der Wahrheit entsprechend bräut. Die Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Socialdemokratie.

**Brieg.** Anfang Januar wurde in der Wollischen Fabrik Eis gemacht und wurden den Arbeitern pro Centner Eis 6 Pf. versprochen. Die Arbeiter, welche mehrere Wochen damit beschäftigt waren, wurden mit dem üblichen Tageslohn von 1 Mt. 60 Pf. ausgezahlt. Als dieselben ihre Arbeit fertig gestellt hatten, forderten sie ihren rückständigen Accordlohn, worauf ihnen von Herrn Robert Moll die Antwort zu Theil wurde, „sie hätten sich pro Tag keine Mark fünfzig Pf. verdient, wie sie überhaupt dazu kämen, noch Accordlohn zu verlangen“. Die Arbeiter, welche sich im Schweiße ihres Angesichts gequält und geschunden hatten, kamen durch diese Handlungsweise um den Lohn welchen sie sich fauer verdient zu haben hofften. Dieser Herr erlaubt sich den Arbeitern gegenüber das selbstmüthigste Benehmen; soll ihnen sogar zeitweise Stockprügel anbieten. Für den betreffenden Herrn wäre es sehr zu empfehlen, sich als Mitglied in die Kulturcolonie nach Afrika aufzunehmen zu lassen; dort würde er vielleicht eher Verwendung finden.

**Reiße,** 7. Februar. Zur Katastrophe in der hiesigen Militär-Schwimmkanal. Major Heinrich, welcher bei der Militär-Schwimmübung vom 10. August d. J. das Commando führte und wegen des dabei vorgekommenen Verlustes von sieben Menschenleben zu einem Jahre Festung verurtheilt war, wurde am Geburtstag des Kaisers be-

gnadigt. Wegen desselben Vorkommnisses hatte Lieutenant Morgen, der übrigens dabei mehreren Soldaten mit eigener Lebensgefahr das Leben gerettet hatte, sechs Wochen Festung erhalten und abgedüht. Derselbe hat jetzt seinen Abschied eingereicht, welcher ihm unter Beförderung zum Premier-Lieutenant bewilligt wurde. Lieutenant Morgen beabsichtigt in den Colonialdienst zu treten.

**Görlitz,** 8. Februar. Drei Kinder verbrannt. Gestern Vormittag 11 Uhr 30 Min. verließ in dem nahen zum Kreise Rothenburg z. gehöri gen Dorfe Quoltsdorf-Heinrichswalde um Einkäufe zu machen, die Häusler-Wittwe Wünsche ihre Wohnung und ließ dort ihre im Alter von 2, 4 und 5 Jahren stehenden Kinder allein zurück. Bald nach dem Weggange der Mutter haben wahrscheinlich die Kinder mit Streichhölzern oder Feuer gespielt, denn nach kurzer Zeit stand das ganze Haus in Flammen. Die zur Hilfe herbeieilenden Nachbarn konnten nicht mehr in die verthornte Wünsche Wohnung dringen, obgleich aus derselben Stimmen laut wurden. Später wurden die Kinder verbrannt und theilweise verkohlt hinter dem Ofen der Wohnküche hervorgezogen. Das Wohn- und Wirtschaftsgebäude, sowie sämmtliches Mobiliar sind ebenfalls ein Raub der Flammen geworden.

**Oppeln,** 8. Febr. Polizeiliche Uebergreiffe. Die hiesigen Bäckermeister sind auf Grund polizeilicher Anordnung gehalten, für den Zeitraum von je einem Monat durch polizeilich gestempelte Anschläge im Verkauf locale die Preise und das Gewicht ihrer Waaren zur Kenntniß des Publikums zu bringen, haben aber, dem Sinken der Getreidepreise Rechnung tragend, den Käufern mehr Gewicht verabfolgt, als der Minimalmaß der Tage bestimmte. Dieses Verfaßren wegen wurden gegen vier Bäckermeister Strafmandate in Höhe von 3 Mark erlassen, welche indessen nicht zur Vollstreckung kamen, weil gegen dieselben auf gerichtliche Entscheidung angetragen wurde. — Zugleich aber hatte dieses Vorgehen der Polizeiverwaltung zur Folge, daß die sämmtlichen Bäckermeister abgeänderte Taxen für den Monat Januar d. J. einreichten, in welchen sie übereinstimmend die Minimalmaße etwas erhöhten und dieselben mit dem Zusatz „und mehr“ versehen. Diese Taxen wurden auch im Polizei-Secretariat abgestempelt und zur Benutzung zurückgegeben. Schon unter dem 5. Januar erhielten die Bäckermeister indessen mit dem Bemerkens, daß diese Taxen nur irrtümlich abgestempelt seien, die Aufforderung, diese Taxen zu vernichten, durch einen neuen Anschlag, in welchem das Gewicht nur mit einer bestimmten Zahl angegeben ist, zu ersetzen und diesen zur Bereinigung einer Geldstrafe von 10 Mk. event. 2 Tagen Haft binnen 3 Tagen zur Abstempelung einzurichten. Von den 42 Bäckermeistern fügten sich 8 dieser neuen Anordnung, dagegen schritt die Polizeiverwaltung gegen die übrigen 34, welche sowohl bei dem Regierungspräsidenten wie auch bei der Gerichtsbehörde Remedur beantragen, mit Einziehung der Strafe vor und setzte zugleich für den Fall der weiteren Weigerung eine fernere Geldstrafe von 15 Mk. mit 3 Tagen Freiheitsbestimmung fest. — Beide Angelegenheiten, sowohl die Ueberschreitung der Minimaltaxe seitens der vier Bäckermeister, als die Nichtvorlegung neuer Taxen nach der Bestimmung der Polizeiverwaltung haben nunmehr, nachdem bereits im Verwaltungswege die Zurückgewähnung der eingezogenen Geldstrafen von je 10 Mk. an die bestraften Bäckermeister herbeigeführt worden war, durch schöpfergerichtliche Entscheidungen, bei welchen selbst der Anwalt für Freisprechung der Angeklagten plaidirte, auf Grund der §§ 72 und 79 der Reichsgewerbeordnung ihren Abschluß gefunden. — Ueber die Verhandlung, welche am vorigen Freitag vor dem hiesigen Schöffengericht stattfand, entnehmen wir einem Berichte des „Oppelner Wochenblattes“ folgendes: Der als Ankläger fungirende Anwalt plaidirte schließlich selbst für Freisprechung der Bäckermeister. Er betonte am Schluß seine längeren Ausführungen, daß er sich verpflichtet fühle, auf die maßlose Aufschauung der Angelegenheit hinzuweisen, der zufolge man glauben konnte, daß die Polizei eine förmliche Hege gegen die Bäckermeister inscenirt habe. Als Vertheidiger der Angeklagten, von welchen nur Bäckermeister John erschienen war, fungirte Rechtsanwalt Schiffmann. Derselbe hob hervor, daß bei der heutigen Gewerbeordnung und Concurrentz eine ganz bestimmte Taxe, nach welcher allein verkauft werden dürfe, zu den unnötigen Dingen gehöre. Er erläuterte dies durch verschiedene Beispiele und wies darauf hin, daß nach der in analogen Fällen ausgesprochenen Ansicht von Rechtskundigen der Begriff einer strafbaren Ueberschreitung des Gesetzes nur dann vorliege, wenn das laufende Publikum benachtheiligt werde. Das Kammergericht hat in gleichem Sinne bereits früher entschieden und der § 79 der Reichsgewerbeordnung besage ausdrücklich, daß aufgestellte Taxen ermäßigt werden dürfen. Aus diesem Grunde beantragte er die Freisprechung der Angeklagten, auf welche der Gerichtshof denn auch erkannte. In der Begründung des Urtheils wurde hervorgehoben, daß die R.-G.-O. seit dem 1. Juni 1869 jede Beschränkung der Gewerbetreibenden untersagt und die Polizeibehörde überhaupt nicht befugt ist, Taxen zu genehmigen, sondern ihr nur das Recht zusteht, dieselben zu beglaubigen. Die Verantwortung für die Taxen tragen allein diejenigen, welche dieselbe einreichen — in diesem Falle also die Bäckermeister.

**Kennstadt Ds.** Sonntag, den 5. d. M., fand hier im Vereinslocal des Arbeiter-Bildungs-Vereins eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung „Die Militärvorlage und der Nothstand des Volkes“. Der Eintritt in die Tagesordnung forderte der überwachende Beamte, daß sich die anwesenden Frauen entfernen möchten. Trotz der Vorstellungen, welche ihm gemacht wurden, bestand er darauf, so daß sich unsere Mitkämpferinnen entfernen mußten. Gegen dieses ungehörliche Vorgehen wird selbstverständlich energische Beschwerde erhoben. Nach dem bei Abg. aufgenommenen Vortrage wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute stattfindende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erst nach das energische Entgegenreten der socialdemokratischen Reichstagsfraction gegenüber der gegenwärtigen Militärvorlage voll und ganz an.“

Schließlich wurde zur Wahl eines Preiscommissions-Mitgliedes geschritten und Genosse Zahn gewählt, der die Wahl auch annahm. Hiermit wurde die Versammlung um 7 Uhr 30 Min. durch den Vorsitzenden mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Socialdemokratie geschlossen.

Arbeitgeber, sowie die Versicherten leisten verhältnismäßige Beiträge, allzu mobile Elemente und arbeitslose Arbeiter sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. — In Folge der Steigung des Rheinlandes mußte die Begründung des Schuites im Bette des Stromes, wodurch etwa 200 Arbeitslose beschäftigt werden konnten, eingestellt werden; doch sind anderweitige Arbeiten in Angriff genommen worden.

**Frankreich.**

Das im Panamaproceß verkündete Urtheil am 9 dieses Monats lautet: Fünf Jahre Gefängniß, sowie 3000 Francs Geldbuße gegen Ferdinand und Charles Lesseps, zwei Jahre Gefängniß, sowie 3000 Francs gegen Fontane und Cottu wegen betrügerischer Handlungen und Vertrauensmißbrauch; gegen Eiffel zwei Jahre Gefängniß und 20 000 Francs wegen Vertrauensmißbrauch.

In der Begründung des Urtheils werden Ferdinand und Charles Lesseps, Fontane und Cottu betrügerischer Handlungen bei der Emission der Panamaloose, sowie der Veröffentlichung wahrheitswidriger Inserate in den Zeitungen unter Mitwirkung willfähriger Freunde beschuldigt. Ferdinand Lesseps habe mit Unterstützung der Administratoren der Gesellschaft fortwährend die Geschäftsführung derselben im Dunkeln gehalten. Die Emissionsyndicate seien rein fictive und die Emissionskosten übertrieben hohe gewesen. Den Vertrauensbruch anlangend, so sei die betrügerische Absicht erwiesen, da die an Reinach, Oberndörffer und andere gezahlten Summen nicht die Verwendung erhielten, wofür sie bestimmt gewesen. Bezüglich Eiffels wird der Versuch des Betruges verneint, dagegen wird demselben Vertrauensbruch zur Last gelegt, indem ausgeführt wird, daß die Beträge, welche Eiffel als Pauschalsummen erhalten zu haben vorgebe, demselben lediglich für die Ausführung bestimmter Arbeitsaufträge ausgezahlt seien. Eiffel habe demnach Gelder zum Nachtheil der Gesellschaft mißbräuchlich verwendet.

In Marseille ist die Cholera ausgebrochen.

**Arbeiterbewegung.**

**Wahrung! Drucksler!**

Wegen fortwährender Lohnabzüge haben die Kollegen bei der Firma H. Schoy, Reichenbergerstraße 34, Berlin, die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist strengstens fern zu halten. A. Holzmann.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der vorjährige Streik der Tischler Stettins hat insgesamt 10 290,38 Mk. gekostet. Die Einnahmen aus Sammlungen u. c. betragen 10 327,69 Mk.

Die Ausberrung der Flaschen-Glasmacher in der englischen Grafschaft Northshire hat auch die Glasmacher anderer Districte in Mitleidenschaft gezogen. So sind in Dublin gegen 100 Arbeiter ausgesperrt worden, weil sie in die von den Fabrikanten geforderte sehr bedeutende Lohnförmung nicht einwilligen wollten. Diese beträgt für jeden über 21 Jahre alten Arbeiter wöchentl. 8,50 Mk. Sehr erschwert war den Glasmachern Northshire's der Kampf dadurch, daß die Glasmacher der benachbarten Grafschaft Lancashire die Lohnförmung, angeblich der ausländischen Concurrenz halber, angenommen hatten. Sie erklärten sich erst dieser Tage für den Streik, nachdem sie von den Glasarbeitern Northshire's darum angegangen worden waren. Die Engländer klagen sehr darüber, daß die deutschen Glasarbeiter eine Lohnherabsetzung nach der anderen ruhig über sich ergehen lassen und es dadurch ihren Fabrikanten ermöglicht, England mit billigen Flaschen überschwemmen zu können. Es zeigt sich hierbei wieder, daß auch die englischen Gewerkschaften, trotz ihrer verhältnismäßig großen Macht, das Sinken der Löhne nicht verhindern können, weil die billigere Industrie des europäischen Festlandes die englischen Waarenpreise drückt. Das Maß die verhältnismäßig hohen Löhne der englischen Arbeiter fortgesetzt ungünstig beeinflussen. Wie groß der Rückgang der Löhne der englischen Flaschenmacher schon ist, ergibt sich aus folgender Tabelle.

Es verdienten wöchentl.:

	im Jahre 1892	im Jahre 1893	im Jahre 1892
	in Northshire	in Lancashire	in Lancashire
Fertigmacher	60,40 Mk.	63,16 Mk.	51,66 Mk.
Einbläser	58,40 "	51,93 "	43,41 "
Glasanfänger	58,20 "	39,75 "	31,25 "
	157, — Mk.	154,84 Mk.	129,32 Mk.

**Partei Angelegenheiten.**

Von der Agitation. Aus der Grafschaft Glas wir berichtet: Sonntag, der 29. Januar, verbreiteten Glasger Genossen in den Orten Glasendorf, Hiber-

dorf, Mückers, Goldbach, Hartau und Reinerz Flugblätter des „Proletarier aus dem Eulengebirge“, sowie die Broschüren „König Stumm und die Socialdemokratie“, „Grundsätze und Forderungen der Socialdemokratie“, den Rechenschaftsbericht der Reichstags-Fraktion, Bebel's Rede über die Soldatenmißhandlungen. Zugleich Zeit unternahm ein Trupp Glasger Genossen eine Agitationstour nach den Ortschaften Scheibe, Bassig, Labitsch und Pobitau. Die Genossen wurden überall gut aufgenommen. Die Zahl unserer Anhänger mehrt sich, wenn auch langsam, so doch stetig so daß wir sagen können, auch in dieser Hochburg des Centrums geht es mit unserer Sache vorwärts. Die Agitation ist übrigens im Wahlkreise Glas-Habelschwerdt mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft, da der Wahlkreis sehr ausgedehnt ist und keine größeren Städte besitzt. Eine einzige Eisenbahnlinie durchschneidet den Wahlkreis von Norden nach Süden, erst in letzter Zeit ist die Zweiglinie von Glas nach Mückers gebaut worden. Bi le Meilen weit müssen die Genossen laufen ehe sie an Ort und Stelle ihrer Thätigkeit anlangen. Die einzelnen Ortschaften liegen zerstreut mitten zwischen den Bergen, die Wege sind unweksam. Unter solchen Umständen ist die Agitation auch sehr kostspielig. Die bereits erwähnten Orte liegen in der Gegend, wo die schlesischen Weber ihr trauriges Dasein führen. Noch vor Jahresfrist waren alle bürgerlichen Blätter voll von Schilderungen des dort herrschenden Elends und der Mittel, welche private Wohlthätigkeit und die Regierung aufgeboten hatten zur Steueruna und vollständigen Beseitigung jener mißlichen Uebelstände. Heute ist es darüber sehr still geworden, es soll Gras über diese Schattenseite der besten aller Welten wachsen.

Nast könnte man aus dem Schweigen jener Kreise schließen, ihre Mittel hätten gebohnen, der Nothstand wäre beseitigt. Unsere Genossen haben aber auf ihrer Agitationereise andere Eindrücke gewonnen; die kapitalistische Gesellschaft vermag das Elend, ihr eigenes Produkt, nicht zu beseitigen. Aus dem massenhaften Material nur einige wenige Beispiele: Ein Genosse berichtet aus Hartau: Obwohl es Sonntag war, traf ich die Leute doch häufig an ihrer Wochentagsarbeit. Ein Weber klagte mir, er müßte täglich fast 20 Stunden arbeiten, um nur Leben zu können. Aus Goldbach berichtet ein anderer Genosse: In einem Hause fand ich als ganze Zimmereinrichtung zwei Webstühle, ein Bett anstatt mit Betten mit Lumpen gefüllt, ein Korb und an den Webstuhl angebunden — ein Kalb. Aus Hiberdorf: Ich hatte eben ein Haus verlassen indem sich eine Frau mit ekelhaftem Gesichtsausdruck (Krebs) befand, schritt auf das Nachbarhaus zu: ein Plakat des Amtsvorstehers verwehrte mir den Eintritt wegen Typhus (Hungertyphus?). Aus Glasendorf berichtet ein anderer Genosse: Ich traf eine Familie gerade bei ihrem Sonntags-Mittagmahl. Alle fünf Personen aßen gemeinsam aus einem Napf Mehlbrei, der seinem Aussehen nach sogar für Schweine zu schlecht schien. Ueberall fanden wir die nackte Armut vor: in den Zimmern herrschte eine verdorrte, überhitzte Atmosphäre, die Bevölkerung lebt kümperl da hin; jedoch müssen wir konstatieren, daß die Lebensweise der Fabrikarbeiter (Glaschleifer), obwohl fürchtbar schlecht, doch immer noch besser ist, als die der Weber. Für heute mag es mit diesen düsteren Bildern genug sein; hier herrscht nicht nur gewöhnlicher Nothstand, sondern dauerndes fürchtbares Massenelend. Eine ganze Bevölkerungsschicht sieht dahin und geht zu Grunde. Eine Schmach für das Jahrhundert, eine Illustration zu dem Worte königlich preussischer Minister: „Es giebt keinen Nothstand.“ Und so etwas ist in einem der ultramontanen Wahlkreise Deutschlands möglich!

Reichstags-Kandidatur. Im Wahlkreise Dortmund fanden am Sonntag 11 Berg- und Hüttenarbeiter-Versammlungen statt, die sämtlich und zwar einstimmig den alibewährten Genossen Tölcke als Kandidaten für den Reichstag proclamirten.

Protektorenversammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Raffel und Wehlheiden (Ref. Garbe), Bielefeld (Ref. Schumann), Tanna und Hirschberg (Ref. Seven-Gera), Ouben (Ref. Wille-Berlin), Neuenbürg und Birkenfeld in Württemberg (Ref. Lutz-Baden-Baden), Achim (Referentia Frau Kohlrad-Düßeldorf), Rüdigen (Ref. Hoch-Frankfurt a. M.)

Das Dorf Nieb, wo am 29. Genosse Brühne gegen die Militärvorlage sprach, liegt nicht bei Hanau, wie in Nummer 31 des „Vorwärts“ irrthümlich angegeben, sondern bei Hocht am Main. Da in Hocht kein Saal zu bekommen ist, müssen die dortigen Genossen ihre öffentlichen Versammlungen in Nieb abhalten.

Partei-Organisation. Der Wahlverein für den

Kreis Hanau hatte bei der letzten Abrechnung 880 zahlende Mitglieder.

Parteiinnungen. Frankenhäuser am Kyffhäuser: Jahreseinnahme 467,49 Mk., Ausgabe 464,01 Mark (darunter 160 Mk. für Agitation)

Für die Gründung eines täglichen Blattes in Kiel wurden in einer Versammlung der vereinigten drei socialdemokratischen Vereine Hamburgs am Freitag 10 000 Mark bewilligt. 455 Mitglieder waren für, 424 gegen die Bewilligung, drei hatten weiße Zettel abgegeben. Nach der Ansicht des „Hamburger Echo's“ müssen, da die Versammlung stark besucht war, viele Mitglieder sich der Stimmenabgabe enthalten haben. Die Kieler Genossen haben, wie in der Hamburger Versammlung mitgeteilt wurde, 6000 Mark und die Altonaer 2000 Mark für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt.

**Vom Nothstande.**

In Wolfenbüttel wurden durch eine von den dortigen Arbeitern ausgenommene Statistik 240 Arbeitslose ermittelt, die zusammen 1930 Wochen arbeitslos waren. Unter ihnen befanden sich 149 Verheirathete.

Gänzlich verhungert wurde gestern, Abends gegen sieben Uhr, der obdachlose, sechzig Jahre alte Schuhmacher Wilhelm Hein, nahe am Göttinger Bahnhofe in Berlin aufgefunden und nach der Charitee gebracht. Er starb aber bereits unterwegs an Entkräftung.

**Die ersten deutschen Arbeiter-Congresse und die Schaffung eines nationalen Arbeiter-Bundes.**

Der äußere Anlaß zur Vereinigung der in den verschiedenen deutschen Städten constituirten Arbeiter-Vereine wie überhaupt zur Concentrirung der Bestrebungen des vierten Standes wurde nicht von diesem selbst, sondern vielmehr von den Handwerksmeistern gegeben. Auf eine von Bremer Meistern gegebene Anregung hin beriefen nämlich die Lauenburger selbstständigen Handwerker, im Einverständnisse mit dem aus Meistern und Gesellen zusammengesetzten Bildungsvorverein zu Hamburg nach letzterer Stadt einen Congress von Vertrauensmännern norddeutscher Handwerker, um zur Hebung der Gewerke und der Verhältnisse der Gewerbetreibenden überhaupt mitzuwirken. Der Congress fand vom 2.—6. Juni statt. Es erschienen aber neben einer überwiegenden Zahl von selbstständigen Handwerkern auch die Vertreter von Gesellen, unter ihnen der schon erwähnte Vergolder Bisky aus Berlin.

Schon damals zeigte es sich klar, daß die Arbeiter ein von ihren Brotherrn ganz verschiedenes Ziel verfolgten. Es kam zwischen den Abgeordneten beider Stände zu sehr erregten Debatten, die nur durch die versöhnlichen Worte des nach beiden Seiten hin Zugeständnisse machenden Kasseler Professors Winkelblech beschwichtigt werden konnten.

Schließlich einigten sich die Meister-Deputirten zur Unterzeichnung eines wenige Tage zuvor (am 31. Mai) erlassenen Aufrufs des „Vereins der Hamburgischen Meister und Gewerke“, in welchem die Vertreter des selbstständigen Handwerks als die vorzugsweise berufenen Mitherrather der deutschen National-Versammlung in gewerblichen Angelegenheiten proclamirt wurden.\*)

Man ersieht hieraus, daß die Handwerksmeister die Arbeiter bei Seiten zu schieben suchten.

Nichtsdestoweniger beschloffen die letzteren noch nicht, jedes Zusammengehen mit den Meistern zu verwerfen, und waren sogar theilweise damit einverstanden, der in Hamburg erlassenen Aufforderung zur Veranstaltung eines in Frankfurt a. M. stattfindenden allgemeinen Handwerker- und Gewerkecongresses Folge zu leisten.

\*) „Wie die wahren Interessen des Arbeiterstandes — hier es im erwähnten Aufrufe — naturgemäß am besten und richtigsten von den ihm angehörenden Kreisen des Volks erkannt und vertreten werden, so fordert das Interesse des Handwerks- und Gewerbe-Betriebs eine Vertretung von den ihm Angehörenden. Dazu bieten die, zwar fast überall während der Zeit der Polizei-Herrschaft beschränkten, doch in Deutschland wohl noch nirgends ganz aufgelösten Gewerke und Zünfte der Städte den natürlichsten Verbindungspunkt, um durch Beratungen einen vorbereitenden und fördernden Einfluß auf die künftige Gesetzgebung zu üben. Ihre einzelnen Glieder, persönlich aus dem Stande der Arbeiter hervorgegangen und größtentheils demselben fortwährend angehörend, möchten vorzugsweise zur Lösung dieser Aufgabe mitberufen sein; ihre bürgerliche Stellung entrußt sie einerseits dem, nicht selten durch ihnen fremde Einflüsse hervorgerufenen, ungesunden Drängen und unüberlegten Treiben der bloßen Arbeiter, während andererseits die Fabrikbesitzer und Inhaber größerer gewerblicher Etablissements in der Regel durch ihren Besitz, sociale Verhältnisse, häufig genug auch durch die ganze Richtung ihrer geübten Ausbildung dem Arbeiterstande zu fern stehen, um seine wahren Bedürfnisse zu kennen und zu beurtheilen.“

Und als noch vor dem Zustandekommen desselben, am 18. Juni, der Berliner Handwerkerverein eine Zusammenkunft von Delegirten deutscher Handwerker- und Arbeitervereine in Berlin veranstaltete, beteiligten sich die letzteren zugleich mit den ersteren. Die Berliner Versammlung, von 37 Vereinen besetzt, nahm eine den Arbeitern viel mehr entgegenkommende Haltung ein als wie es zu Hamburg geschehen war. Man beschloß (am 19. Juni) eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung, in der ausgesprochen war: es habe sich dem Bewußtsein des Kernes der Nation, des Arbeiter- und Handwerkerstandes, als unabweisliches Recht die Forderung aufgedrängt: daß der Staat jedem, der arbeiten wolle, angemessene Arbeit und menschlichen Bedürfnissen entsprechenden Lohn verbürge, daß er unentgeltlichen Unterricht und, wo es nötig sei, die Erziehung der Jugend und ebenso die Versorgung der Invaliden der Arbeit übernehmen müsse.

Aber dieses Resultat des Congresses genügte den anwesenden Arbeiter-Deputirten nicht. Und wenige Tage später, am 26. Juni, erließen sechs derselben eine Aufforderung an alle Arbeiter-, Handwerker- und Bildungs-Vereine Deutschlands, ja auch an die deutschen Vereine in der Schweiz, in Paris, Brüssel und London zur Beschickung eines in Berlin vom 20. bis zum 26. August abzuhaltenden Arbeiterparlamentes.

Dieser Appell an das Proletariat sollte durch das unzeitgemäße Verfahren der Meister einen stärkeren Widerhall finden, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Es hatten nämlich zu dem Frankfurter Congress (der am 15. Juli begann) auch eine Anzahl Gesellenvereine und Gesellschafter Deputirte entsandt. Aber der versammelte Meistercongrès erklärte, die Gesellen nicht zulassen zu wollen. Die Folge dieses brüskierten Verhaltens war, daß die Gesellen nothgedrungen ihre Sache selbst in die Hand nahmen und sich als Gesellencongrès constituirten, der sich übrigens später als „Arbeitercongrès für ganz Deutschland“ bezeichnete.

Nunmehr annullirten zwar die Meister ihren ersten Beschluß und setzten nach neuer Berathung fest: zehn Gesellen seien zum Congress mit beratender Stimme zuzulassen.

Mit Recht glaubten die Gesellen auch jetzt noch ihr Interesse nicht genügend gewahrt und, obwohl sie von dem Anerkennen des Meistercongresses Gebrauch machten, arbeiteten sie nach wie vor selbständig fort.

Das Resultat des Gesellencongresses liegt in einer vom 3. August datirten Adresse an den volkswirtschaftlichen Ausschuß der Frankfurter Nationalversammlung vor.

In der Adresse wurden von allgemeinen Forderungen vornehmlich die folgenden erhoben: allgemeines und gleiches Wahlrecht; allgemeiner und gleicher obligatorischer Volksschulunterricht mit sich daran schließender, gewerblicher Bildungsschule; progressive Vermögens- und Einkommenssteuer; gleiches Münz-, Maß- und Gewichtssystem für Deutschland; Freizügigkeit; Aufhebung aller Binnenzölle; freie Einfuhr von Rohstoffen und Colonialwaaren; Schutzzoll gegen fertige, ausländische Fabrikate, „für welche die einheimische Industrie kein Treibhauszeugniß sei;“ Beförderung des Exports durch Prämien; bei Uebervölkerung Ankauf von Land innerhalb der Grenzen der nordamerikanischen Union und Ueberlassung desselben an die Auswanderer gegen billige Ablösung; endlich Dismembrationen der Staatsdomänen an Unbegüterte gegen billige Vergütung.

Speziell für die Arbeiter verlangte der Frankfurter Gesellencongrès: die Bildung von Innungen, deren Vorstände aus Unternehmern und Arbeitern bestehen sollten; die Schaffung von Bezirks-Gewerbe-Vorständen aus den Innungen eines Bezirkes; Wahl eines Landesbewerbes-Comitees durch die zuletzt genannten Vorstände, welches Comitee mit den obersten Landesbehörden in ständiger Verbindung zu stehen hätte; ferner war von den Innungsvorständen innerhalb eines Regierungsbezirkes durch Wahl eine nicht permanente Gewerbekammer zu constituiren. Aus allen im deutschen Bundesgebiete errichteten Gewerbe-Kammern mußte dann die oberste Centralbehörde, ein verantwortliches Arbeiter-Ministerium hervorgehen, welches die Freiheit aller Gewerbebetriebe schützen, die Gewerbeordnung herabsetzen, die Durchführung der oben angegebenen Maßregeln, sowie überhaupt für alle auf den Schutz der Arbeiter bezüglichen Institutionen sorgen und die Bildung des Gewerbestandes fördern sollte.

Die Arbeitszeit sollte für alle Arbeiter gesetzlich auf 12 Stunden (incl. Frühstücks-, Mittags- und Besenzeit) normirt werden. Dann sollte für jegliche Lohn- und Accordarbeit der Gesellen ein gesetzliches Lohnnormum festgesetzt werden.

Der Innung eines Gewerbes hatten sich alle Fachgenossen — gleichgiltig, ob selbständig oder un-

selbstständig — anzuschließen. Jede Innung hatte ihre Corporation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; beide sollten ihre eigenen Klassen (Hilfsklassen für Kranke u. s. w.) unter eigener Verwaltung haben; und aus diesen beiden Klassen war dann eine specielle Wanderunterstützungskasse zu stiften.

Dazu sollte durch einen regelmäßigen, wöchentlichen Abzug vom Arbeitslohne eine große, nationale Invalidenkasse begründet werden, die jedem deutschen Arbeiter, wenn er arbeitsunfähig geworden oder ein bestimmtes Alter erreicht hatte, eine hinreichende Pension auszahlen im Stande war.

Endlich kamen noch Vorschläge über die Errichtung von Gewerkschulen, Rohstoff-Magazinen und Volksbanken, die wir hier um so mehr übergehen können, als das mitgetheilte Programm in kürzester Zeit von einem neuen verdrängt wurde.

Dies neue Programm wurde auf dem, wie bereits erwähnt, für Ende August nach Berlin berufenen Arbeitercongrès festgestellt, zu dem auch der Frankfurter Gesellentag einen bevollmächtigten Deputirten gesandt hatte. (Fortsetzung folgt).

## Schlesien.

**Hirschberg.** Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht. Am Sonnabend, den 4. Februar, fanden hier selbst die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Obwohl die freisinnige wie nationalliberale Tagespresse den Gewerkevereintlern warm ans Herz legte, unsere Pläne zu durchkreuzen, können wir doch ein ganz erfreuliches Resultat aufweisen. In Hirschberg siegte im 4. Bezirk unser Genosse Tischler August Würfel gegen den Gewerkevereintler Schönwald mit 22 gegen 7 Stimmen. Im 5. Bezirk siegten unsere Genossen Tischler Braun und Maschinenführer Euge gegen die Gewerkevereintler Anders und Schödel mit 30 und 19 gegen 19 und 7 Stimmen. In Gummerdors wurden unsere Genossen Tischler Heinrich Rambach und Maurer Anforge mit allen Stimmen erwählt. In Schmiedeberg siegte unser Genosse Wunde mit 76 gegen den Gewerkevereintler Sempke mit 67 Stimmen. In Steinfelsen wurde unser Genosse Sämann gegen einen Gewerkevereintler erwählt. Im allgemeinen war die Beteiligung an der Wahl eine sehr schwache zu nennen. Die Gewerkevereintler hatten am Tage der Wahl alles aufzubieten, um dem Rath der Zeitungen zu folgen; selbst die Favorikanten waren mit thätig. So hatten die Arbeiter der Eisengießerei von Starke und Hoffmann, welche noch meistens zu der Harmoniefeier zählen einen halben Tag frei bekommen, um ihr Wahlrecht auszuüben, da man verschiedene Poliere und Werkmeister zu wählen hatte. So waren auch die Stimmzettel so angefertigt worden, daß man sehen konnte, ob ein großer oder ein kleiner Zettel in die Urne geworfen wurde; dann ging man nach Aussage der Leute selbst, um sie mit Schnaps zu tractiren. O ihr Arbeiter, wenn werdet ihr endlich einmal erwachen? Wie werden denn eure Werkführer auch vertheidigen, wenn ihr mit dem Fabrikanten in Streitigkeiten gerathet? Solche Streitigkeiten kann nur der zu euren Gunsten vertheidigen, der mit euch Fühlung hat und das sind nur socialdemokratische Arbeiterbeisitzer.

**Hirschberg, 8. Februar.** Erstickt. Verbrannt. Heute früh erstickte, wie das „S. Tgl.“ berichtet, in der Wohnung eines hiesigen Arbeiters dessen 4 Jahre alte Tochter, welche in derselben allein gelassen worden war. Die Mutter hatte zwar beim Verlassen der Wohnung, um Feuergefahr zu vermeiden, Wasser auf die noch glimmenden Kohlen im Ofen gegossen, doch fand man beim Betreten der Wohnung einen Kohlenhaufen, welcher dicht beim Ofen gebrannt hatte, verkohlt vor. — Am Montag geriethen die Kleider des ungefähr 4 Jahre alten Knaben eines Fabrikarbeiters in Seidorf, als die Eltern abwesend waren, auf unaufgeklärte Weise in Brand. Das Kind starb alsbald an den erhaltenen Brandwunden.

**Hannau, 9. Februar.** Die erste öffentliche Wähler-Versammlung fand Montag, den 6. d. Mts. im Gasthof zum „Goldenen Löwen“ statt, in welcher der Candidat der Socialdemokratie, Genosse August Kühn aus Langenbielau, sein Programm in juristischer Rede entwickelte. Er ging mit den gegnerischen Parteien scharf ins Gericht und geißelte ihr Gebahren im Reichstage in klaren und verständlichen, von Beifall begleiteten Worten. In der Discussion wurde, da sich trotz Aufforderung kein Gegner zum Worte meldete, das hiesige freisinnige Stadtblatt einer Kritik unterzogen, weil es uniere Versammlungsberichte und andere Mittheilungen nicht der Wahrheit entsprechend bräut. Die Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Socialdemokratie.

**Wrieg.** Anfang Januar wurde in der Wolschen Fabrik Eis gemacht und wurden den Arbeitern pro Centner Eis 6 Pf. versprochen. Die Arbeiter, welche mehrere Wochen damit beschäftigt waren, wurden mit dem üblichen Tageslohn von 1 Mk. 60 Pf. ausgezahlt. Als dieselben ihre Arbeit fertig gestellt hatten, forderten sie ihren rückständigen Accordlohn, worauf ihnen von Herrn Robert Woll die Antwort zu Theil wurde, „sie hätten sich pro Tag keine Mark fünfzig Pf. verdient, wie sie überhaupt dazu kämen, noch Accordlohn zu verlangen“. Die Arbeiter, welche sich im Schwelge ihres Angeichts gequält und gesunden hatten, kamen durch diese Handlungsweise um den Lohn welchen sie sich teuer verdient zu haben hofften. Dieser Herr erlaubt sich den Arbeitern gegenüber das seltsamste Benehmen; soll ihnen sogar zeitweise Stockprügel anbieten. Für den betreffenden Herrn wäre es sehr zu empfehlen, sich als Mitglied in die Cultivircolonie nach Afrika aufnehmen zu lassen; dort würde er vielleicht eher Verwendung finden.

**Reiße, 7. Februar.** Zur Katastrophe in der hiesigen Militär-Schwimmanstalt. Major Heinrich, welcher bei der Militär-Schwimmübung vom 10. August v. J. das Commando führte und wegen des dabei vorgekommenen Verlickes von sieben Menschenleben zu einem Jahre Festung verurtheilt war, wurde am Geburtstag des Kaisers be-

gnadigt. Wegen desselben Vorkommnisses hatte Lieutenant Morgen, der übrigens dabel mehreren Soldaten mit eigener Lebensgefahr das Leben gerettet hatte, sechs Wochen Festung erhalten und abgedient. Derselbe hat jetzt seinen Abschied eingereicht, welcher ihm unter Beförderung zum Premier-Lieutenant bewilligt wurde. Lieutenant Morgen beabsichtigt in den Colonialdienst zu treten.

**Görlitz, 8. Februar.** Drei Kinder verbrannt. Gestern Vormitag 11 Uhr 30 Min. verließ in dem nahen zum Kreuze Rothenburg N. gehörigen Dorfe Quoksdorf-Heinrichswalde um Einkäufe zu machen, die Häusler-Witwe Wünsche ihre Wohnung und ließ dort ihre im Alter von 2, 4 und 5 Jahren stehenden Kinder aber allein zurück. Bald nach dem Weggange der Mutter haben wahrscheinlich die Kinder mit Streichhölzern oder Feuer gespielt, denn nach kurzer Zeit stand das ganze Haus in Flammen. Die zur Hilfe herbeieilenden Nachbarn konnten nicht mehr in die verschlossene Wünschel'sche Wohnung dringen, obgleich aus derselben Stimmen laut wurden. Später wurden die Kinder verbrannt und theilweise verkohlt hinter dem Ofen der Wohnstube hervorgezogen. Das Wohn- und Wirtschaftsgebäude, sowie sämmtliches Mobiliar sind ebenfalls ein Raub der Flammen geworden.

**Doppeln, 8. Febr.** Polizeiliche Uebergriffe. Die hiesigen Bäckermeister sind auf Grund polizeilicher Anordnung gehalten, für den Zeitraum von je einem Monat durch polizeilich gestempelte Anschläge im Verkauf locale die Preise und das Gewicht ihrer Backwaaren zur Kenntniß des Publikums zu bringen, haben aber, dem Sinken der Getreidepreise Rechnung tragend, den Käufern mehr Gewicht verabfolgt, als der Minimalmaß der Tage bestimmte. Dieses Befahrens wegen wurden gegen vier Bäckermeister Strafmandate in Höhe von 3 Mark erlassen, welche indessen nicht zur Vollstreckung kamen, weil gegen dieselben auf gerichtliche Entscheidung angefragt wurde. — Zugleich aber haite dieses Vorgehen der Polizeiverwaltung zur Folge, daß die sämmtlichen Bäckermeister abgeänderte Taxen für den Monat Januar d. J. einreichten, in welchen sie Abereinstimmend die Minimalmaße etwas erhöhten und dieselben mit dem Zusatz „und mehr“ versehen. Diese Taxen wurden auch im Polizei-Secretariat abgestempelt und zur Benutzung zurückgegeben. Schon unter dem 3. Januar erhielten die Bäckermeister indessen mit dem Bemerk, daß diese Taxen nur irrthümlich abgestempelt seien, die Aufforderung, diese Taxen zu vernichten, durch einen neuen Anschlag, in welchen das Gewicht nur mit einer bestimmten Zahl angegeben ist, zu ersetzen und diesen zur Vermeidung einer Geldstrafe von 10 Mk. event. 2 Tagen Haft binnen 3 Tagen zur Abstempelung einzureichen. Von den 42 Bäckermeistern fügten sich 8 dieser neuen Anordnung, dagegen schritt die Polizeiverwaltung gegen die übrigen 34, welche sowohl bei dem Regierungspräsidenten wie auch bei der Gerichtsbehörde Remedur beantragten, mit Einlegung der Strafe vor und setzte zugleich für den Fall der weiteren Weigerung eine fernere Geldstrafe von 15 Mk. mit 3 Tagen Fristbestimmung fest. — Beide Angelegenheiten, sowohl die Ueber-schreitung der Minimalmaße seitens der vier Bäckermeister, als die Nichtvorlegung neuer Taxen nach der Bestimmung der Polizeiverwaltung haben nunmehr, nachdem bereits im Verwaltungswege die Zurückgewähnung der eingezogenen Geldstrafen von je 10 Mk. an die bestrafften Bäckermeister herbeigeführt worden war, durch schöffengerichtliche Entscheidungen, bei welchen selbst der Amtsanwalt für Freisprechung der Angeklagten plaidirte, auf Grund der §§ 72 und 79 der Reichsgewerbeordnung ihren Abschluß gefunden. — Ueber die Verhandlung, welche am vorigen Freitag vor dem hiesigen Schöffengericht stattfand, entnehmen wir einem Berichte des „Doppeler Wochenblattes“ Folgendes: Der als Kläger fungirende Amtsanwalt plaidirte schließlich selbst für Freisprechung der Bäckermeister. Er betonte am Schluß seiner längeren Ausführungen, daß er sich verpflichtet fühle, auf die maßlose Aufschaukung der Angelegenheit hinzuweisen, der zufolge man glauben konnte, daß die Polizei eine förmliche Hege gegen die Bäckermeister inscenirt habe. Als Vertheidiger der Angeklagten, von welchen nur Bäckermeister John erschienen war, fungirte Rechtsanwalt Schiffmann. Derselbe hob hervor, daß bei der heutigen Gewerbeordnung und Concurrenz eine ganz bestimmte Taxe, nach welcher allein verkauft werden dürfe, zu den unzulässigen Dingen gehöre. Er erläuterte dies durch verschiedene Beispiele und wies darauf hin, daß nach der in analogen Fällen ausgesprochenen Ansicht von Rechtskundigen der Begriff einer strafbaren Ueberschreitung des Gesetzes nur dann vorliege, wenn das laufende Publikum benachtheiligt werde. Das Kammergericht hat in gleichem Sinne bereits früher entschieden und der § 79 der Reichsgewerbeordnung besage ausdrücklich, daß aufgestellte Taxen ermäßigt werden dürfen. Aus diesem Grunde beantragte er die Freisprechung der Angeklagten, auf welche der Gerichtshof dem auch erkannte. In der Begründung des Urtheils wurde hervorgehoben, daß die R.-G.-D. seit dem 1. Juni 1869 jede Beschränkung der Gewerbetreibenden untersagt und die Polizeibehörde überhaupt nicht befugt ist, Taxen zu genehmigen, sondern ihr nur das Recht zusteht, dieselben zu beglaubigen. Die Verantwortung für die Taxen tragen allein diejenigen, welche dieselbe einreichen — in diesem Falle also die Bäckermeister.

**Neustadt O.S.** Sonntag, den 5. d. M., fand hier im Vereinslocal des Arbeiter-Bildungs-Vereins eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung „Die Militär-vorlage und der Nothstand des Volkes“. Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte der überwachende Beamte, daß sich die anwesenden Frauen entfernen möchten. Trotz der Vorhaltungen, welche ihm gemacht wurden, bestand er darauf, so daß sich unsere Mitkämpferinnen entfernen mußten. Gegen dieses ungelegliche Vorgehen wird selbstverständlich energische Beschwerde erhoben. Nach dem bei allig aufgenommenen Vortrage wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute stattfindende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkant das energische Entgegenreten der socialdemokratischen Reichstagsfraction gegenüber der gegenwärtigen Militär-vorlage voll und ganz an.“

Schließlich wurde zur Wahl eines Preiscommissions-Mitgliedes geschritten und Genosse Zahn gewählt, der die Wahl auch annahm. Hierauf wurde die Versammlung um 7 Uhr 30 Min. durch den Vorsitzenden mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Socialdemokratie geschlossen.

# Aus den Nachbarprovinzen.

**Wofen, 8. Februar.** Ein Familien-drama spielte sich gestern in dem Hause Friedrichstr. 20 ab. Dort wohnt der frühere Wirtschafts-Inspector Großkreuz, der trotz seines Alters von 57 Jahren sich vor Kurzem mit einer jungen Dame verheiratet hatte. Das Eheleben wurde indessen, wie die „Pol. Zig.“ berichtet, bald durch einen jungen blutigen Kausmann, Namens Vandemann, getrübt, der nach Ansicht des Gatten etwas mehr als gerade schicklich in dem Hause verkehrte. Als er nun gestern denselben wieder bei seiner Frau überraschte, ließ er sich dazu hinreißen, aus einem Revolver zwei Schüsse auf ihn abzufeuern. Während der erste den Rücken nur leicht streifte, traf der zweite den linken Oberarm, indessen ist die Wunde nicht lebensgefährlich. Die nun folgende Scene ist bis jetzt nicht vollständig aufgeklärt worden. Die auf den Arm von den Hausbewohnern herbeigeholte Polizei fand den Ehegatten in der Küche, aus einer tiefen Schnittwunde am Halse blutend, liegen, die jedoch gleichfalls nach der Untersuchung des Herrn Dr. med. Friedrichländer nicht lebensgefährlich sein soll. Beide Verwundete wurden vorläufig nach dem städtischen Krankenhaus transportirt, wo sie bereits seitens des Criminal-Commissars vernommen worden sind. Großkreuz gab bei dem Verhör an, die Wunde von seinem Gegner erhalten zu haben, doch widerspricht dem namentlich die Aussage der Frau.

# Vereine u. Versammlungen.

**Versammlung des Vereins Gewerkschaftskartell.** Der Vorsitzende eröffnete um 9 Uhr die Versammlung nach der Präsenzliste fehlten: 1 Soldarbeiter, 1 Köpfer, 1 Lithograph, 1 Schmied, 1 Buchdrucker, 1 Rohrleger, 1 Siggarenarbeiter. Zunächst wurde zur Festsetzung der Tagesordnung geschritten, welche folgendermaßen lautet:

- Punkt 1: Bericht über die Anfrage bei den Eisenbahnbetriebsräten über die Anbringung von Plakaten betreffend den Centralherberge.
- Punkt 2: Berichterstattung über die Arbeitslosen-Versammlung.
- Punkt 3: Festsetzung der Tagesordnung zur nächsten Versammlung.
- Punkt 4: Verschiedenes.

Bezüglich der Plakate wurde beschlossen da die Antwort ablehnend lautete bei dem Eisenbahn-Präsidenten Beschwerde zu führen. Punkt zwei der Tagesordnung erstattete Genosse Hübenett Bericht über die Arbeitslosen-Versammlungen und über das Resultat der Deputation bei dem hiesigen Bürgermeister. Da die Berichte bereits in der „Volkswacht“ gebracht worden erübrigt es sich dieselben nochmals zu wiederholen, ferner wurde beschlossen die Arbeitslosenfrage nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Bei Punkt 3: Festsetzung der Tagesordnung zur nächsten Versammlung wurde wie folgt beschlossen:

- Punkt 1: Arbeitslosenfrage.
- Punkt 2: Stellung des Gewerkschaftskartell zum hiesigen Fabrik-Inspector.
- Punkt 3: Stellung des Gewerkschaftskartell zu den Unorganisirten Gewerkschaften.
- Punkt 4: Anträge.
- Punkt 5: Verschiedenes.

Unter Verschiedenes brachte Genosse Berg die Schutzmarke der Tabakarbeiter zur Sprache und bemerkte, daß in nächster Zeit ein Flugblatt herausgegeben wird, er bittet die Delegirten, dasselbe in ihren Gewerkschaften zu verbreiten. Von Eriten der Delegirten wird ihm dies zugesichert. Genosse Liebezeit macht bekannt, daß an die streikenden Metallarbeiter 50 Mk. aus der Kasse abgegeben worden sind und bittet die Versammlung um ihre Zustimmung, was auch geschieht. Im Anschluß hieran knüpft noch Genosse Liebezeit den Wunsch, die einzelnen Gewerkschaften möchten sich etwas lebhafter an dem Beistehen zur Kasse betheiligen.

Zwei Anträge auf Anschaffung von Zeitungsmappen für die Gewerkschaftsblätter und eines Zeitungstischens wurden abgelehnt.

Ein weiterer Antrag, den Betrag von zwei übriggebliebenen Zeitungshaltern aus der Kasse auszuliegen, wurde angenommen.

Schluß der Versammlung 11 1/2 Uhr. — E.

**Stadtvorordneten-Versammlung.** Die am 9. Februar stattgehabene Sitzung wurde durch den Vorsitzenden Magistrat Freund eröffnet und geleitet. Von den zunächst gegebenen Mittheilungen ist die in der Arbeitslosen-Versammlung gefaßte Resolution hervorzubeden. Eine Erörterung derselben wurde vorläufig nicht vorgenommen. In die Tagesordnung eintretend erfolgt zunächst Verlesung einiger kleinerer Vorlagen, der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinbeangelegenheiten durch den Oberbürgermeister Bender. Der Vorsitzende dankte nach Erstattung des Berichtes dem Magistrat und dem Oberbürgermeister für die große Summe von Arbeit, welche die Verwaltung mit sich bringt, und die Versammlung erhebt sich zum Zeichen der Anerkennung beifallig von den Plätzen.

**Stadthaushalts-Etat pro 1893/94.** Die General-Discussion hierüber wird durch den Referenten, Stadtvorordneten Dr. Barnes, eingeleitet. In seinem längeren ausführlichen Vortrage erinnerte Redner zunächst an seine vor einigen Monaten gegebene Darlegung über die zur Zeit bestehende Finanzlage der Stadt, anschließend daran der Oberbürgermeister sich dahin ausgesprochen, daß die Aufstellung des Etats dem Magistrat große Sorge bereite, eine Erhöhung der Communalsteuer auf 140 bis 150 Procent sich als notwendig ergebe. Große Beunruhigung sei durch diese Schilderung mit

der Aussicht auf Erhöhung der Communalsteuer unter der Bürgerschaft erzeugt, die auch in der Presse zum Ausbruch kam. Daß die unerfreulichen Finanzresultate aus der letzten Zeit herrühren, ist nicht zutreffend, auch nicht deshalb, weil die Communalsteuer um 10 Procent herabgesetzt war und jetzt wieder um 40 Procent gesteigert werden soll. Zu großer Freigebigkeit könne ja durch die Stadtverordneten-Versammlung vorgebeugt werden. Die Anlässe von Grundstücken haben auf den Etat keinen Einfluß, da die Gelder zu diesem Zwecke aus bereiten Mitteln verschiedener Fonds leihweise entnommen und der früheren Stelle wieder zugeführt werden. Ursachen d. r. ungünstigen Finanzlage seien in einer längeren Reihe von Jahren zu finden. Seit Jahrzehnten habe der Betrag, welcher zur Erhaltung des Gleichgewichts im Etat notwendig ist, durch Einkommensteuer gedeckt worden. Das aber seine großen Bedenken, weil der Zugzug wohlhabender Leute erschwert, der Abzug derselben aber befördert sei. Der vorliegende Stadthaushalts-Etat schließe nun in Einnahme und Ausgabe ab mit 12 166 720 Mark. Also einem Mehr von 1 052 190 Mark gegen das Vorjahr. Nach Einstellung sämtlicher Einnahmen mit 4 720 000 Mk. müßten 974 835 Mark mehr, als im laufenden Jahre durch Steuern aufgebracht werden. Erläuternd hieran führt Redner aus, daß fast sämtliche größeren Einnahmequellen verästelt, geringe Beträge lieferten oder ganz in Wegfall kamen. Zu den letzteren gehöre die Entnahme aus dem Bestandgelderfonds mit 465 065 Mark, zu ersteren die Erträge aus den landwirtschaftlichen Böden mit einem Weniger von 230 000 Mk., die Erträge der Bank mit dem Minus von 20 000 und der Gaswerke mit 52 700 Mark, zusammen 767 865 Mark. Auch durch den Erlaß der zwei untersten Steuerstufen sei ein großer Fehlbetrag entstanden. Unser gesammtes wirtschaftliches und gewerbliches Leben in seinem Rückgange habe bedeutende Mindererträge in Steuereinnahmen zur Folge. Auf Handel und Gewerbe übten neben dem amerikanischen Zolltarif die Differentialtarife der Eisenbahnen einen ungünstigen Einfluß; ebenso die Ausweitung fremder Staatsangehöriger. Wenn die Eisenbahnverbindungen auch noch vieles zu wünschen übrig lassen, so biete die ihrer Vervollendung entgegengehende Dorrregulierung ein erfreuliches Bild. Von noch größerer Bedeutung werde aber der Donau-Deer-Canal, dessen Inangriffnahme nicht mehr lange auf sich warten lassen könne. Nicht minder wichtig sei ein Handelsvertrag mit Rußland, welcher in erster Linie Schlesien und der Stadt Breslau den Orien öffne und den Handel beleben werde. — Die Fehlbeträge sollen theils durch Erhöhung der Einkommensteuer, theils durch Einführung einer Umlaufsteuer Deckung erhalten. In fast allen Kreisen der Bevölkerung sei letztere mit Widerspruch, ja Spottreden, aufgenommen. Es ist deshalb nicht klug vom Magistrat, ein Project, daß im Jahre 1879 von der Versammlung abgelehnt wurde, jetzt wieder, ohne eine andere Begründung einzubringen. Redner ist der Ansicht, daß der Beschluß von 1879, die Verzinsung und Amortisation der Ausgaben für die Canalisation von den Interessenten aufzubringen, auch heute seine Richtigkeit hat. Redner geht nun auf die einzelnen Stats ein. Im Weiteren ist Redner dafür, daß den Volksschullehrern eine Erhöhung der Gehälter bewilligt werde, da sie ihnen schon wiederholt versprochen sei.

Der Debatte, die nach dem eröffneten wurde, meint Stadtv. Behlau die Klassensteuer betreffend, daß dieselbe in üblem Geruch bei der Bürgerschaft stehe. (Heiterkeit.) Die Verzinsung und Amortisation der Canalisationskosten geschähe am gerechtesten dadurch, daß für den Verbrauch von 20 ehm Wasser für ein Zimmer mit 2 Mark und jeder Mehrverbrauch auf Grund des Wassermessers bezahlt würde. Stadtv. Morgenstern meint, daß bei den persönlichen Ausgaben eine gewisse Freigebigkeit herrsche und die Veränderung des Stats finde hierin den Grund. Er sei einverstanden, daß die Gehaltsfrage der Beamten und Lehrer auf dem Princip der Alterszulage neu geregelt werde. Es sei auch die Frage, ob diese Erhöhung auf einmal, oder nach und nach durchgeführt werden könne. Durch alle Klassen von städtischen Beamten und Arbeitern der Zug nach höheren Löhnen bemerkbar. Höhere Löhne seitens des Magistrats locke die Arbeiter nach Breslau, wodurch aber wieder der Schul- und Armen-Stats erhöht w. d. Ferner glaubt Redner, daß der Ertrag aus der lex Huene zu niedrig eingestellt sei, denn der Ausfall an Zöllen betrage nur 10 Procent. Oberbürgermeister Bender erwidert, daß man die Erträge aus der lex Huene nicht zu hoch rechnen dürfe, weil diese Einnahme ungewiss sei. Des weiteren verteidigt Redner die Classensteuer, die keine Steuer, vielmehr eine Gegenleistung für die Wohlthat der Canalisation bedeute. Die Arbeitslöhne anlangend, so betrage der Normallohn 2 Mark. Auf Grund von Lohnlisten sei es festgestellt. Stadtvorordneter Simon bestreitet, daß die Anlässe von Grundstücken auf den Etat von geringem Einfluß wäre. Die Classensteuer sei eine ungerechte. Der Bürger werde in ihr, wenn er den Steuerzettel erhalte, zwischen Aequivalent und Steuer keine Unterscheidung finden. Die erhöhten Bedürfnisse sollen durch Erhöhung der Communal-Einkommensteuer gedeckt werden. Einem Antrage auf Vertagung zu Folge wird die Sitzung um 7 Uhr 30 Minuten geschlossen. — ch.

# Gerichtliches.

[Krankenversicherungspflicht der Arbeiter.] Wie grundverschieden doch die Verhältnisse von einst und jetzt sind, bestätigt sich überall, wohin wir auch blicken mögen; vor allen Dingen aber auf dem Gebiete des Erwerbslebens, der ökonomischen Zustände. So mancher gedenkt da vielleicht in stillen Stunden der Blüthezeit des Handwerks im Mittelalter, wo es mit dem Patrizial um die bevorzugte Stellung innerhalb der Gesellschaft kämpfte. Nicht selten war der Sieg auf seiner Seite und stolz erhobenen Hauptes sah der ehrsame Handwerksmeister gemeinsam mit den Auserwählten im Rath, seiner Meinung nachdruck verleihend. Er pochte auf seine verbrieften Privilegien, sie preiszugeben, wäre ihm als Verrath an sich selbst und seinen Berufsgenossen erschienen. Darum ging sein ganzes

Streben denn dahin, diese zu erhalten und wie konnte es besser thun, als dadurch, daß seine Söhne von Jugend auf in der Kunst des Vaters unterrichtet wurde, um später dessen Werkstatt mit ihren Vorrechten und dem ganzen Besitztum zu übernehmen. Daß dies heute nicht mehr ausschließlich der Fall ist, ist eine bekannte und einleuchtende Thatsache, weil die Umwandlung der handwerksmäßigen zur capitalistischen Produktionsweise als natürliche Folge alle Privilegien der ersteren aufhob. Es ereignet sich nachdem wohl oft, daß ein Sohn nicht mehr das Handwerk seines Vaters erlernt. Ein hiesiger Tapeziermeister, vielleicht von dieser Erkenntniß durchdrungen, sagte sich auch, als die Frage an ihn herantrat, was aus seinem Sohne werden soll, daß er vortheilhafter sei, diesen nicht das Tapezierhandwerk erlernen zu lassen. Das Resultat seiner Erwägungen ging allerdings etwas sehr weit. Nicht nur, daß dem Sohne seine Kunst nicht beibringen wollte, nein gar keine Werkstatt des Handwerks sollte dieser betreten. Doch ganz zur Unthätigkeit seinen Sohn zu verdammen, schien dem Handwerksmeister auch bedenklich. Sein kleines Grundstück bedurfte der Bereinigung und er selbst bei der Arbeit konnte oft eine kleine Stütze gebrauchen, zum Tapetenstreichen u. s. w. Dies denn auch seines Sohnes Beruf; später, wenn er älter und stärker geworden, sollte er sich dem Militarismus weihen und hier sein Glück suchen. So bescheiden wie der Mensch aber auch manchmal sein mag, es giebt immer noch Leute, welche an ihm etwas entdecken. Solch ein findiger Mensch war der Kassirer in der Dtschrankenkasse der Tapezierer. Mit den Statuten in der Hand versuchte er nachzuweisen, daß der Sohn in Folge seiner gelegentlichen Hilfeleistung krankensicherungspflichtig sei und der Vater wegen unterlassener Anmeldung zur Krankenkasse sich strafbar gemacht habe. Die zweite Strafkammer beschäftigte diese Angelegenheit am 8. Februar als Berufungsinstanz. Der Tapeziermeister bestritt entschieden seinen Sohn in Lehre zu haben, desgleichen daß er ihm eventuell eine Entschädigung gäbe. Der Sohn selbst verweigerte jede Aussage. Und so sprach der Gerichtshof den Angeklagten frei, indem er zwar die zeitweise Beschäftigung des Sohnes als erwiesen erachtete, die Entschädigung in Geld jedoch nicht festgesetzt werden konnte. Die strafbare Handlung fiel, weil im vorliegenden Falle der Lehrherr zugleich Vater ist, eine Befreiung seines Sohnes nicht Lohn im Sinne des Gesetzes darstelle. — ch.

**Selbstig, 4. Februar.** Im vorigen Jahre hatte der Laubstummel-Lehrer Heidrich in Breslau in einer bei Wommod daselbst erschienenen Broschüre „Der Nothschrei der Laubstummel“ Mißstände aufgedeckt, die in einer Provinzial-Laubstummelanstalt W. vorgekommen sein sollen; den Director jener Anstalt hatte er als „glattrastren Schultgrannen“ bezeichnet. Welcher Ort mit W. gemeint war, das war für Sachkundige nicht schwer zu errathen, nämlich Weifenfels. Der dortige Director schloß sich durch den Inhalt der Broschüre beleidigt und stellte gegen Verfasser und Verleger Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft in Breslau erhob darauf gegen beide Herren Anklage wegen Verleumdung, indem sie davon ausging, daß die behaupteten Thatsachen nicht wahr seien und der Verfasser sie mit dem Bewußtsein hiervon verbreitet habe. Herr Heidrich trat jedoch den Wahrheitsbeweis an, und das Landgericht Breslau, welches am 3ten November v. J. über die Sache aburtheilte, hatte, mußte anerkennen, daß der Wahrheitsbeweis bezüglich der in Weifenfels vorgekommenen Mißhandlungen beim Unterricht erbracht sei. Insofern war also in der Broschüre nichts Strafbares enthalten. Nur der Ausbruch „glattrastren Schultgrannen“ wurde als beleidigend angesehen. Daß der Angeklagte berechnete Interessen wahrgenommen habe, indem er die Broschüre veröffentlichte, wurde vom Gerichte zugegeben. Der § 193 würde also die Straffreiheit des Verfassers herbeigeführt haben, wenn nicht in der Form dieser Aeußerungen eine Beleidigung erblickt worden wäre. Deshalb wurde Herr Heidrich zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurtheilt. Dem mitangeklagten Verleger traf wegen Beihilfe zur Beleidigung eine Geldstrafe von 10 Mark. Er wurde deshalb für strafbar erachtet, weil ihm beim Durchlesen des Manuscriptes jener Ausbruch aufgefallen war und er nicht die Streichung desselben veranlaßt hatte. — Die Revision der beiden Angeklagten kam gestern vor dem vierten Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung. Beide beschwerten sich darüber, daß ihnen die sämtlichen Kosten, die durch den Wahrheitsbeweis hauptsächlich entstandenen waren, auferlegt worden sind. Herr Heidrich behauptete seinerseits noch Verlesung des § 193. — Reichsanwalt Treplin beantragte die Verwerfung der Revision. Die Feststellung, daß der fragliche Ausbruch eine Beleidigung durch die Form sei und daß deshalb der § 193 keine Anwendung finden könne, enthalte keinen Rechtsirrtum. Was die Auferlegung der sämtlichen Kosten betreffe, so liege hierin kein Verstoß gegen § 498, I der Str.-Pr.-O., da es sich hier nicht um eine besondere Strafthat handle, wegen deren auf Freisprechung erkannt sei, sondern um eine einseitige Handlung, nämlich die Veröffentlichung der Broschüre. Daß Reichsgericht erkannte sodann auf Verwerfung der Revision. (Schles. Zig.)

Die Beleidigung einer Behörde kann, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 1. Strafsenats, vom 7. November 1892, im Wege der Privatklage verfolgt werden, und ebenso kann die Behörde, wenn die Beleidigung durch öffentliche Klage vom Staatsanwalt verfolgt wird, dieser Klage als Nebenklägerin sich anschließen.



Parlaments-Berichte.

Original-Berichte der „Volksmacht.“

Deutscher Reichstag.

41. Plenar-Sitzung vom 10. Februar 1893. 1 Uhr.

Die Berathung des Stats des Reichsamtes des Innern wird fortgesetzt.

Abgeord. Müller (nat.-lib.) bringt die Beschwerden zur Sprache, welche im Lande gegen die Handhabung der Bestimmungen über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe laut geworden sind.

Abg. Bebel (Soc.): Ich wünsche, der Vorredner und seine Freunde gingen mit uns Hand in Hand zu dem Zwecke, daß die Ausführung der Gewerbeordnung eine einheitliche ist und in den Händen des Reiches liegt.

Abg. v. Löw, Dauzenberg, Dr. Lieber (Centr.) beantragen, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, da die Petenten die bestehende gesetzliche Vorschrift für sich hätten.

Die Abg. v. Kölichen (cons.), Seyffardt-Magdeburg (nat.-lib.), Dr. Sattler (nat.-lib.) und Freiherr von Minniarobe (cons.) befürworten den Commissionsantrag, da es sich nicht um die principielle Frage des gesetzlichen Schulzwanges, sondern nur um die Handhabung der für den beir. Ort geltenden Bestimmungen handelt.

Der Commissionsantrag wird angenommen. Eine Petition des Landwirtschaftlichen Central-Vereins in Halle, betreffend den Abschluß eines Handels-Vertrages zwischen Deutschland und Rußland, soll nach dem Antrage der Commission der Regierung als Material überwiesen werden.

Abg. Dr. Arendt (freicons.) beantragt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung in dem Sinne zu überweisen, daß die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden.

Abg. Rickert (Soc.) beantragt über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Abgeord. Popelius (freicons.) befürwortet den Antrag Arendt.

Abg. Rickert (Soc.) wünscht zunächst den Inhalt der Petition kennen zu lernen, man könne die Angelegenheit in Abwesenheit der Minister nicht verhandeln; es sei bedenklich, die schwebenden Vertragsverhandlungen mit Rußland in dieser Weise beeinflussen zu wollen.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) beantragt, die Petition an die Commission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuverweisen.

den Verkauf von Cigarren in der Zeit der Sonntagruhe unterlagte. Gleichmäßige Regelung der Sonntagruhe — nämlich von 3 Uhr an — ist jedenfalls richtiger, als Individualisirung.

Abgeordnetenhaus. 28. Plenarsitzung. Donnerstag, 9. Februar 1893. — 11 Uhr. (Schluß).

Bewohner der Ortschaft Obergaul in der Rheinprovinz beantragen, daß der Schulbesuch der Kinder nur so lange erzwungen werden soll, bis das Kind nach dem Besuche des Localschulinspectors die notwendigen Kenntnisse erworben hat.

Der Commissionsantrag wird angenommen. Eine Petition des Landwirtschaftlichen Central-Vereins in Halle, betreffend den Abschluß eines Handels-Vertrages zwischen Deutschland und Rußland, soll nach dem Antrage der Commission der Regierung als Material überwiesen werden.

Abg. Dr. Arendt (freicons.) beantragt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung in dem Sinne zu überweisen, daß die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden.

Abg. Rickert (Soc.) beantragt über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Abgeord. Popelius (freicons.) befürwortet den Antrag Arendt.

Abg. Rickert (Soc.) wünscht zunächst den Inhalt der Petition kennen zu lernen, man könne die Angelegenheit in Abwesenheit der Minister nicht verhandeln; es sei bedenklich, die schwebenden Vertragsverhandlungen mit Rußland in dieser Weise beeinflussen zu wollen.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) beantragt, die Petition an die Commission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuverweisen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.). Meine Freunde widersehen sich dem Antrage Lieber. Die Angelegenheit ist genug besprochen, um heute einen Entschluß fassen zu können.

Abg. v. Schallha (Centr.) ist für die sofortige Berathung; Zurückverweisung bedeute Verlagerung ad calendae graecas.

Abg. Dr. Arendt (freicons.). Wenn eine Petition von solcher Wichtigkeit berathen wird, so ist es Sache der Minister, sich einzufinden (In diesem Moment tritt Minister Miquel in den Saal.) Uebrigens ist dieser Mangel jetzt ja gehoben.

Abg. Karborff (freicons.) wünscht sofortige Beschlußfassung, weil der Reichskanzler nicht mehr Ministerpräsident und Preußens Stellung im Bundesrath dadurch eine andere geworden ist, als sie früher war und wir deshalb nur durch sofortigen Beschluß unsern Einfluß geltend machen können.

Der Antrag Lieber auf Zurückverweisung der Petition und der dazu gestellten Anträge an die Commission zur schriftlichen Berichterstattung wird mit 122 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Abgeordneter Dr. Friedberg (national-liberal) beantragt gemäß Art. 60 Abs. 2 der Verfassung die Anwesenheit der Minister zu fordern und bis dahin die Verhandlung abzubrechen.

Minister Dr. Miquel: Ich befinde mich nun zufällig im Hause und bin nicht in der Lage, namens der Staatsregierung irgend eine Erklärung abzugeben. Aber ich möchte doch zu bedenken geben, daß es zu sonderbaren Consequenzen führen muß, wenn die parlamentarischen Körperschaften der Particularstaaten sich zu solchen Anträgen entschließen.

Abg. Frhr. v. Minnigerode-Rosfitten (conservativ): Eine nachträgliche Beeinflussung meiner Freunde hat für uns keinen Zweck.

Abg. Dr. Sattler (nat.) beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Friedberg.

Der Antrag Friedberg wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 197 gegen 68 Stimmen angenommen.

Das Haus erledigt noch einige Petitionen nach den Anträgen der Commissionen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Cultus-Stat. Auf eine Anregung des Abgeordneten von Minnigerode erwidert der Präsident, daß er die Petition des Landwirtschaftlichen Vereins zu Halle am nächsten Mittwoch auf die Tagesordnung zu setzen beabsichtigt. Schluß 4 Uhr.

Standesamtliche Nachrichten.

Bom 9. Februar. Geschickungen. I. Handelsmann Michael Caro, jüd., mit Hulda Hüttner, geborene Kissel, jüd., her. — Geschäftsreisender Alfred Laßmann, jüd., mit Marianne Gutmänn, jüd., Kempen. — Eisendreher Paul Sopart, ev., mit Caroline Wainzschle, evang., hier. — II. Sergeant Heinrich Wache, evang., Kleinburg, mit Caroline Zanke, kath., hier. — Kaufmann Staron Reich, jüd., Dösch, mit Rosa Schenkalski, jüd., hier. — Kaufmann Salomon Sittensfeld, jüd., Marklissa, mit Betty Wund, jüd., hier. — III. Hüten-Obermeister August Killian, evang., Dorfgrwert, mit Anna von Agner, kath., hier. — Brauer Josef Dibich, kath., mit Marie Suchy, kath., hier. — Zimmermann Wilhelm Schiller, ev., mit Anna Wache, ev., hier.

Geburten. I. Schneider Hieronymus Gorfelle, kath., L. — Fleischermeister Carl Kunert, ev., S. — Schuhmachermeister Paul Quitt, evang., L. — Haushälter Josef Desser, kath., S. — Hilfs-Strömaufseher Josef Schönfelder, kath., Zwillinge (L.). — Schneider Hermann Gtner, ev., L. — II. Kaufmann Emil Krenzig, ev., S. — Volksschulrector Josef Weniger, kath., L. — Rutscher Josef Schatte, kath., L. — Maschinenbauer Adalbert Jadowial, kath., S. — Bureauvorsteher Eugen Bausch, kath., S. — Arbeiter Johann Drescher, kath., S. — Tischler Adolf Arndt, ev., S. — Bankbuchhalter Adolf Alter, evang., S. — Buchbinder Carl Belsig, ev., L. — Arbeiter Edward Schirbel, evang., L. — II. Fleischermeister Rudolf Burd, ev., L. — Tischler Konrad, kath., Zwillinge (S. und L.). — Bahnarbeiter Theodor Parchwitz, ev., S. — Arbeiter Wilhelm Decke, evang., L. — Haushälter Traugott Schneider, kath., L. — Arbeiter Josef Sorge, ev., S. — Schuhmacher Robert Bausch, kath., Zwillinge (Söhne). — Schneider August Scheibel, ev., L. — Kaufmann Paul Gutmänn, kath., S.

Berichtigung. In dem Bericht über die Versammlung des Fortschrittsvereins ist eine ganze Zeile zwischen der 20. und 21. Zeile aus einem technischen Versetzen ausgeblieben. Der betreffende Satz im Zusammenhange muß heißen: „Südher hätte gesagt: „Edel sei der Mensch, christlich und deutsch.“ Das Wort Südher: „Edel sei der Mensch, hilfsreich und gut sei diesem vorzuziehen.“

Ferner muß auf Seite 5 in der zweiten Spalte das zweite Wort nicht Menschen, sondern Wagen heißen.

Towarzystwo Socyalistów Polskich w Wroclawiu. Montag, den 13. Februar 1893, Abends 7 1/2 Uhr, in den „drei Tauben“. Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1) Vortrag des Genossen Wojtanowski. 2) Diskussion. 3) Berichtedenes. Gäste haben Zutritt. Um zahlreichem Besuch bittet Der Vorstand.

Neu eröffnet. Thüringer Wurstwaaren-Fabrik und Fleischverkauf von Ernst Worch, Anderjohnstraße 4 Gute Waare. — Solide Preise. erzuucht.

Baynau Arbeiterverein. Montag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im goldenen Löwen. Aufnahme neuer Mitglieder. — Um zahlreiches Erscheinen wird Der Vorstand.

# Zur Confirmation

Complete Anzüge schon u. 5 Mk. u.  
**Eduard Freund**  
 57, Neuschestrasse 57, Ecke Hinterhäuser.

## Theater-Nachrichten.

**Stadt-Theater.**  
 Sonnabend:  
 Bajazet.  
 Gringoire.  
 Sonntag Nachmittag:  
 Die Verlobung bei der Laterna.  
 Der Kinder Weihnachtsraum.  
 Abends:  
 Die Africanerin.

**Lobe-Theater.**  
 Sonnabend:  
 Die gelehrten Frauen.  
 Hierauf:  
 Familie Pont-Biquet.  
 Sonntag Nachmittag zu ermäßigten Preisen:  
 Zwei glückliche Tage.  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
 Die gelehrten Frauen.  
 Hierauf:  
 Familie Pont-Biquet.  
 Montag:  
 Die gelehrten Frauen.  
 Hierauf:  
 Familie Pont-Biquet.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Sektion der Klempner.  
 Sonntag den 12. Februar, Nachmittags 1 Uhr.  
**Mitglieder-Versammlung „im Gasthof zum Haben“**  
 Vorwerk-Strasse 47.

Tages-Ordnung: 1. Wahl der Delegirten zur Generalversammlung.  
 2. Verschiedenes. Die Mitglieder, welche noch Fragebogen in Händen haben, werden aufgefordert, dieselben bis zur Versammlung abzuliefern.

**Deutscher Tischler-Verband.**  
 Unser **Marrenfest** findet  
 am **Sonntag, den 18. Februar** cc., im  
**Schießwerder**  
 statt. Hierzu ladet ergebenst ein. Die Vergütungs-Commission.

**Arbeitsverein Pöpelwitz.**  
 Dienstag, den 14. Februar, Abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im Lokale des Herrn Gutschmann.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Schüg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

**Anton Pohl, 20 Vorwerk-Strasse 20**  
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager von guten englischen  
**Hamburger Lederhosen**  
 Blousen, Hemden, Strümpfe, Kragen und Schlipse.  
 Besonders mache ich aufmerksam auf mein Lager von  
**Herren- und Kinder-Garderobe**  
 in Fuchskin und Baumwolle, sowie Zurnusch-Jackets aus den  
 größten Export-Geschäften. Also aus erster Hand.  
 Gute Waare, zu billigen aber streng festen Preisen.

**Anton Pohl, 20 Vorwerk-Strasse 20.**

**Achtung!**

**Wegen**  
**vollständiger Auflösung**  
 wird das grosse Lager  
**fertiger**  
**Herren- u. Knaben-**  
**Garderobe**  
**Moltkestr. 1,**  
**Ecke Matthiasstrasse**  
**zu jedem annehmbaren Preise**  
**vollständig ausverkauft.**  
 Der Laden ist zu vermieten,  
 die Einrichtung zu verkaufen.

**Freie**  
**Religionsgemeinde**  
 Erbauungshalle: Grünstr. 6  
 Sonntag, den 12. Februar,  
 Vormittags 9 1/2 Uhr:  
 Erbauung: Prediger Tschirn.

Zur Ausführung von  
**Musikgeschäften**  
 jeder Art empfiehlt sich  
 500  
**A. Kuban,**  
 J. S. Kattern bei Breslau.

**Feine Sahheringe,**  
 die Mandel von 0,30-1,20 Mk.  
 Ring 46, im Hofe.

**Gute Speiselkartoffeln**  
 à Ctr. 1,80 Mk.  
**Eöschstrasse Nr. 24**  
 zu verkaufen. 521

**Kaffee! Kaffee!**  
 Stets frisch gebrannt, d. Pfd. 120, 130,  
 150, best. weißer Parin, d. Pfd. 27 Pf.,  
 best. Würfelkaffee, d. Pfd. 30 Pf.,  
 bestes Weizenmehl 00, d. Pfd. 12 Pf.,  
 Tafelkaffee, Grape, Hirse, d. Pfd. 15 Pf.,  
 bester Jamaica-Kum, d. Pfd. 100 Pf.,  
 best. Petroleum, d. Ltr. 17 Pf., Seife,  
 Soda, Lichte, Stärke, Hülsenfrüchte bill.  
**Otto Ogrowsky jun.,**  
 45, Große Gröschengasse 45.

**Künstl. Zähne** Zahnzahl.  
 Schmerzlose Zahn-Operation.  
 Reparaturen werd. in kürz. Zeit angefertigt.  
**Wilhelm Dreger.**  
 Matthias-Strasse 98, II. Etage  
 gegenüber der Oberthormache. 273

**Diebe-**  
 ften Zähne 2 Mark unter vollstän-  
 digen Garantie (Einsetzen schmerzlos)  
 Plomben u. 20jährige Praxis.  
**R. Krause,**  
 Zahn-Metier, 486  
 Schweidnitzerstr. 31 (Pfeifferhof.)

**Rohtabake!**  
 Allerbilligste Bezugsquelle f. B.:  
 Pfälzer per 1/2 Ko. 65, 70, 75, 80 s.  
 Brasil u. Felix 80, 100, 115, 125-160 s.  
 Domingos gutbrennend 85, 100, 110 s.  
 Carmen, d. 1/2 Ko. 115, 120 s., zum  
 Wille 3 bis 3 1/2 Pfd.  
 Sumatras per 1/2 Ko. 130-500 s.  
 Preis-Courant gratis.  
 Versand gegen Nachnahme.  
**Albert Kramolowsky**  
 Ring 60, Ecke Oderstrasse.  
 Cigarettenfabrik, Cigarren u. Kautabake.

Im Verlage von  
**G. Glomke in Bielefeld**  
 ist erschienen und durch alle Buch-  
 handlungen und Colporteurs  
 zu beziehen:  
**Die Bibel.**  
 Ihre Entstehung u. Geschichte.  
 Eine historisch-kritische Abhandlung  
 zur Aufklärung des arbeitenden  
 Volkes von  
**Domela Nieuvenhuis.**  
 Hervorragende u. bedeutende  
 Agitationschrift. 75  
 61 S. eleg. broschirt. Preis 40 Pf.  
 Wiederverkäufer erhalt. höh. Rabatt.  
 Bestellungen direct beim Vrlage  
 sind 45 Pf. in Briefm. beizufügen.



**Heute ist Sonntag!**  
 Heute am Sonntag geht der Hans  
 raus nach Morgens zum Tanz.  
 Mit ihm — kann es anders sein?  
 Auch das schmude Grottelein!  
 Wie so stolz das Grottelein blüht,  
 Endlich ruht sie aus entzückt!  
 „Ach du lieber, guter Hans  
 Strohkelt ja vor Eleganz!“ —  
 „Hm“, brummt Hans und schmunzelt leis.  
 „Mir gab zu nem kleinem Preis  
 „Goldne Vierundsechzig“ heut  
 Dieses schmude Sonntagskleid!“

**Confirmanzen-Anzüge**  
 Ein Post. warme Herren-Liebesich.  
 sonst 14-20 jetzt nur Mt. 8 an.  
 Ein Post. komplette Herren-Anzüge  
 sonst 16-22, jetzt nur Mt. 9 an.  
 Ein Posten solide Herren-Anzüge,  
 sonst 20-35, jetzt nur Mt. 12 an.  
 Ein Posten warme Herren-Hosen,  
 sonst 8-13, jetzt nur Mt. 4 an.  
 Ein Posten solide Herren-Jaquets,  
 sonst 10-14, jetzt nur Mt. 5 an.  
 Ein Posten solide Herren-Anzüge,  
 sonst 5-9, jetzt nur Mt. 2 an.  
 Ein Post. warme Herren-Schlafrocke,  
 sonst 15-30, jetzt nur Mt. 8 an.

**Frack-Verleih-Institut.**  
 Nur neue und elegante Sachen

**„Goldene 74“**  
 I. Et., Ohlauerstr. 74, I. Et.

**Verleihen-Kalender.**  
 Elektrisch  
 beleuchtet.

**Breslau.**  
 Sozialdemokratischer Verein  
 für Breslau und Umgegend. Jed.  
 Montag Abds. u. 8-10 Uhr: Kassen-  
 abend im Gasthaus „zu den drei  
 Tauben“, Neumarkt 8. — Gäste  
 willkommen. Aufnahme neuer Mit-  
 glieder.

Verein der Litographen.  
 Steindrucker und verw. Berufs-  
 genossen Deutschlands (Zahlstelle  
 Breslau). Jeden Montag Zahlabend,  
 jeden Montag nach dem ersten ein-  
 Monats Mitglieder-Versamm-  
 lung. Vereinslokal Café Restaurant  
 Carlstraße. — Gäste willkommen. Auf-  
 nahme neuer Mitglieder.

Verein deutscher Schuhmacher.  
 Jeden Montag Abends 8 Uhr: Vereins-  
 versammlung in dem Restaurant  
 Zabel's, Klein-Gröschengasse 15. —  
 Gäste willkommen. — Aufnahme neuer  
 Mitglieder.

Stadtklub „Rot- u. Bl.“. Jeder  
 Montag Abends 8 Uhr: Spielabend  
 bei Restaurateur Schönfelder (Bresl.  
 Bierhalle) am Striegauer Platz.  
**Hannau.**  
 Arbeiter-Verein. Alle 14 Tage  
 Montag Abends 8 Uhr: Mitglieder-  
 versammlung im Gasthof „zum  
 goldenen Löwen“.

**Circus Kremsler.**  
 Breslau, Louisenplatz.  
 eben Sonntag:  
**2 große Vorstellungen**  
 Nachmittags 4 Uhr und Abends  
 7 1/2 Uhr.  
 Heute und folgende Tage:  
**Buffalo Bill**  
 an der Indianergrenze  
 oder:  
 Der treue Negerclave  
 Große Ausstattungspanontome in  
 2 Akten für den Circus arrangirt  
 und in Scene gesetzt von Herrn  
 Director **A. Kremsler.**  
 Außerdem Auftreten der hervor-  
 ragendsten **Reitkünstler, Reit-  
 künstlerinnen und Speciali-  
 stäten I. Ranges**, sowie sämt-  
 licher **Clowns** in ihren besten  
 Piecen.  
 Zu der Nachmittags 4 Uhr stattfin-  
 denden Vorstellung hat jeder Er-  
 machene das Recht, auf das gelöste  
 Billet ein Kind **frei** ein-  
 zuführen.  
 Alles Nähere die Tageszeitel.  
**Der Circus ist gut geheist.**

„Hauptstadt“ z. Aufklärung zum Wohl der  
 Menschheit durch die Wissenschaft  
**Wissenschaft**  
 in jeder Sprache  
 alle

**Arac, Rum**  
**und Cognac.**  
 selbst importirt in allen Preislagen  
 in gros und detail.

**f. Punsche:**  
 Banane, Ananas, Burgunder,  
 Kaiser u.  
 f. Original- und Tafel-  
**Liqueure:**  
 Anabergischer Kirschkorn,  
 Mandarin-Ginger, Nachod,  
 Suedischer Chartreuse u.  
 alter Breslauer Korn mit Wein  
 abgezogen, Johannisbeer-  
 Champagner, Johannisbeerwein,  
 selbst gefiltert, ohne jeden Sprü-  
 zschlag, empfindlich

**Hermann Seidel.**  
 Verkaufsstellen: Ring 27 im Hof-  
 schauf im Sandstr., im Capitoir  
 im Hofe. 524